

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

20. Dezember 1956

Blatt 2672

Am 24. und 31. Dezember kein Dienst bei der Gemeinde
=====

20. Dezember (RK) Bei den Ämtern der Gemeinde Wien findet am 24. und am 31. Dezember kein Dienstbetrieb und somit auch kein Parteienverkehr statt. Eine Ausnahme bilden die Dienstzweige mit regelmäßiger normaler Sonntags- und Feiertagsarbeit. Bei den Stadtwerken werden an diesen Tagen Störungs- und Gebrechensmeldungen selbstverständlich jederzeit entgegengenommen.

- - -

Gottlieb August Crüwell zum Gedenken
=====

20. Dezember (RK) Auf den 22. Dezember fällt der 25. Todestag des ehemaligen Direktors der Universitätsbibliothek Generalstaatsbibliothekar Dr. Gottlieb August Crüwell.

Am 10. September 1866 in Leangolla auf Ceylon geboren, studierte er an der Wiener Universität Geschichte und trat 1897 in den Dienst der Universitätsbibliothek, deren Leitung ihm 1923 übertragen wurde. Crüwell hat nach dem ersten Weltkrieg die Reorganisation der Bibliothek durchgeführt und sie durch Verbesserungen des Katalogwesens zu einer gut funktionierenden Institution gemacht. Seinen besonderen organisatorischen Fähigkeiten war es zu danken, daß die Inflation sich auf den Bücherankauf nicht ungünstig auswirkte. Crüwell ist auch als erfolgreicher Bühnenautor, Essayist, Nachdichter und Übersetzer hervorgetreten.

- - -

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien und die Ungarnhilfe
=====

20. Dezember (FK) Die Musiklehranstalten der Stadt Wien schalteten sich in die allgemeine "Ungarnhilfe" nach besten Kräften ein. Unter dem Leitsatz "Musik ist Therapie" fanden alle ungarischen Musikstudierenden und Musiklehrer, die sich in großer Zahl an das Konservatorium der Stadt Wien wendeten, nicht nur Beratung und Unterstützung, sondern auch die Möglichkeit, zu üben und am Konservatoriums-Unterricht als Hospitanten teilzunehmen. An der Budapester Musikhochschule befand sich eine Stelle, die Flüchtlinge dem Konservatorium der Stadt Wien empfahl. Vier Professoren des Konservatoriums, die die ungarische Sprache beherrschen, leisteten zeitweise Außergewöhnliches. An der Straßensammlung der Gemeinde Wien nahmen über 150 Lehrer und fast ebenso viele Studierende teil. Die Zweigschule I veranstaltete einen Hausmusikabend, dessen Ertrag von 1.000 S fünf besonders bedürftigen kleinen Ungarkindern übergeben wurde.

- - -

Ehe- und Familienberatung
=====

20. Dezember (FK) Freitag, den 28. Dezember, entfallen die Beratungsstunden in der Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 12, Wien 1, Gonzagagasse 23. Letzte Beratung im Dezember ist morgen, Freitag, den 21. Dezember, erste Beratung im neuen Jahr, am Freitag, dem 4. Jänner.

- - -

10. Hauptstück: Wirtschaftsangelegenheiten
=====

20. Dezember (RK) Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 wurden heute mit dem 10. Hauptstück - Wirtschaftsangelegenheiten - fortgesetzt. Bericht-erstatte ist Stadtrat Bauer. Er stellte einleitend fest, daß die durch den Krieg zerstörten Anlagen seiner Geschäftsgruppe in den vergangenen Jahren restlos wiederhergestellt werden konnten. An größeren baulichen Investitionen sind für das kommende Jahr vor-gesehen: Der Bau von Werkstätten und Lagergebäuden des Beschaf-fungsamtes in der Hasnerstraße mit 2,5 Millionen Schilling, die verschiedenen baulichen Arbeiten auf den Märkten und in der Groß-markthalle mit 1,3 Millionen Schilling und in den Schlachthöfen mit 2 Millionen Schilling. Für diverse Inventaranschaffungen auf den Schlachthöfen und Märkten sind 252.000 S vorgesehen, für übrige Inventaranschaffungen 870.000 Schilling. Für Inventarerhaltung wurden 1,6 Millionen bereitgestellt. Stadtrat Bauer stellte fest, daß diese dem Beschaffungssamt zur Verfügung gestellten Mittel in den Ansätzen äußerst knapp bemessen wurden. Mit den 20 Millionen Schilling für die Anschaffung von Lagerwaren, Rohstoffen und Halb-fabrikaten wird jedoch auch im Jahre 1957 das Auslangen gefunden werden.

Preise im allgemeinen stabil

Er bemerkte weiter mit Befriedigung, daß das Beschaffungssamt im abgelaufenen Jahr die ihm von der Verwaltung gestellten Aufga-ben erfüllen konnte, wobei hervorgehoben werden muß, daß die Prei-se der meisten Produkte im allgemeinen im Jahre 1956 stabil gewe-sen sind. Aus einem Überblick, den er über die Entwicklung der Preise gab, ist zu ersehen, daß auf dem Textilsektor lediglich Rohschafwolle eine größere Aufwärtsbewegung verzeichnete. Aber auch bei der Beschaffung von Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren, Bereifung und Transporte war die Preisgestaltung in Bewegung geraten. Wesentlich ungünstiger sieht die Preisgestal-tung bei den ausländischen Brennstoffen aus. Hier erfolgten Preis-erhöhungen zwischen 5 und 10 Prozent, wobei die inländischen Brenn-stoffe preislich unverändert geblieben sind.

Bis Ende Oktober dieses Jahres wurden an die städtischen Ver-
brauchsstellen insgesamt 81.478 Tonnen Brennstoffe abgegeben. Der
Berichterstatter gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der gegenwärtig
zu beobachtende Mangel an Heizöl bald behoben werden kann.

Die Papier- und Kanzleierfordernisse haben bis Ende November
dieses Jahres 4,5 Millionen Schilling gekostet. Für die Moderni-
sierung der städtischen Dienststellen und die Mechanisierung des
Rechnungsamtes der Stadt Wien wurden im heurigen Jahr vier
Millionen Schilling ausgegeben.

Für Neuschaffungen von Möbeln und Reparaturen wurden im
abgelaufenen Jahr fast sechs Millionen Schilling ausgegeben. Die
Ankäufe für den Schulbedarf konnten restlos durchgeführt werden.
Die städtische Bäckerei weist bei voller Ausnützung ihrer Kapazi-
tät auch heuer wieder eine aktive Gebarung auf.

Der städtische Grundbesitz

In einem Überblick über den gegenwärtigen Umfang des städti-
schen Grundbesitzes nennt er folgende Zahlen: Im Alleinbesitz in
Wien sind 1,616.430 Ar, außerhalb Wien 2,169.888 Ar. Die Gemeinde
Wien ist außerdem Mitbesitzer von 65.487 Ar in Wien und von
4.482 Ar außerhalb Wiens. Die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung
besitzt 2.425 Ar in Wien.

Zum Kapitel Konzessionen regt der Berichterstatter an, die
Stadtverwaltung möge überlegen, ob sie jene Betriebe, die im Ver-
hältnis zum Verwaltungsaufwand in keinem Einklang mit dem an die
Stadt Wien zu leistenden Pachtschilling stehen und für die Stadt
Wien an sich nichts bedeuten, nicht abgeben sollte. Es ergebe
sich nämlich immer wieder, daß Pächter dieser kleinen Betriebe
von der Stadt Wien Erhaltungsarbeiten verlangen, die wirt-
schaftlich nicht vertreten werden können. Die Pachtzinseinnahmen
betragen rund 860.000 Schilling. Fast 80 Prozent hievon erbringen
vier Großbetriebe. Bezüglich des Schloßhotels Cobenzl werden mit
Interessenten Verhandlungen geführt, die noch nicht abge-
schlossen werden konnten.

45 Jagdgebiete und 23 Fischereireviere

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion kann auch im Jahre 1956 auf eine erfolgreiche Tätigkeit verweisen. Bis Ende November 1956 wurden 1.638 Betriebskontrollen durchgeführt. Die Stadt Wien besitzt 45 Jagdgebiet und 23 Fischereireviere. Hier haben gegenwärtig auch 254 Motorboote ihren Standort.

Stadtrat Bauer verweist auf die abgeschlossenen Vorarbeiten zur Schaffung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes. Der Wiener Landtag wird sich demnächst mit diesem Gesetz beschäftigen können.

39 Wiener Märkte

Das Wiener Marktamt hat 1956 wie immer tadellose Arbeit geleistet. Für das Jahr 1957 ist für 39 zu verwaltende Märkte ein Personalstand von 311 Personen vorgesehen. Der Berichterstatter stellt fest, daß jahrelange Einschränkungen bei der Instandhaltung der Märkte, bedingt durch den vordringlichen Wiederaufbau zerstörter Anlagen, größere Schäden verursacht haben. Die dem Marktamt zur Verfügung stehenden Mittel werden daher zur Gänze zur Behebung dieser Schäden sowie zum Ausbau der Anlagen herangezogen. So wird der Blumengroßmarkt im 4. Bezirk vergrößert. Sowohl der Naschmarkt wie auch die Großmarkthalle sollen durch neu zu schaffende Objekte an anderer Stelle errichtet werden. Stadtrat Bauer gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Wiener Gemeinderat sehr bald damit beschäftigen wird. Bis dahin wird es aber notwendig sein, die beiden Märkte auf höchstmöglicher Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Die lebensmittelpolizeiliche Überwachung von rund 20.000 Lebensmittelklein- und ungefähr 1.500 Lebensmittelgroßbetrieben erfordert eine bedeutende Anzahl von sogenannten Probenziehungen. Die gewerbepolizeiliche sowie eichpolizeiliche Tätigkeit des Marktamtes ist nicht minder umfangreich. Auch der Marktbeobachtung und Marktanalyse kommt eine ständig steigende Bedeutung zu.

Hausfrauen müssen kluge Einkaufspolitik betreiben

Der Referent kommt sodann auf die derzeitige Preissituation zu sprechen und stellt fest, daß der überwiegende Teil der Produzentenschaft und des Handels seine Pflicht im Interesse der Wirtschaft und ganz besonders im Dienst der Konsumentenschaft erfüllt. Weiteste Kreise der Unternehmerschaft, vor allem auch die Inhaber der kleinen und kleinsten Betriebe, haben nur unter größten Opfern den Bestand ihrer Geschäfte sichern können. Viele von ihnen haben durch innerbetriebliche Maßnahmen Lohnforderungen ohne oder nur mit ganz geringen Preiserhöhungen für das eine oder andere Produkt erfüllen können. Es müsse aber auch jede Hausfrau eine kluge Einkaufspolitik betreiben und heimische und damit preiswerte Waren kaufen. Die Erzeugnisse der österreichischen und Wiener Unternehmerschaft und die Gewissenhaftigkeit ihrer Arbeiter garantiert in jedem Fall die Herstellung hochwertiger Waren, die ausländischen Erzeugnissen nicht nur gleichwertig, sondern meist überlegen sind. Jeder Einkauf heimischer Qualitätswaren ist ein Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur gesunden Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und spart damit Devisen, die für wichtigere Zwecke verwendet werden können.

Niemand braucht hungern und frieren

Diese Überlegungen gelten auch für Gemüse und Obst. Man dürfe heute nicht sagen, ein Wiener Arbeiter könne es sich nicht leisten, Obst für seine Kinder zu kaufen. Es gibt Äpfel in ausreichendem Maße und zu niedrigsten Preisen. Es wird bei uns heuer kaum jemand frieren, wohl niemand hungern und sich schon gar niemand fürchten müssen, etliche Jahre seines Lebens bei Kascha und Wasser verbringen zu müssen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Jene Menschen, die es aber nicht erwarten können und immer die ersten Kirschen usw. haben müssen, die sollen sie auch entsprechend hoch bezahlen. Für die breite Masse der Konsumenten aber muß die Belieferung der Märkte und Geschäfte mit guten saisonüblichen Produkten zu angemessenen Preisen gewährleistet werden.

Im abgelaufenen Jahr hat die Belieferung klaglos funktioniert. Das Marktamt ist auch ständig bestrebt, den Obst- und Gemüsepreisen besonderes Augenmerk zuzuwenden und hat zu diesem Zweck ein Komitee gebildet, das nicht nur über die Preise, sondern auch über Ein- und Ausfuhrgenehmigungen zu beraten hatte. Dieses Komitee hat sich derart gut bewährt, daß es nach Inkrafttreten des neuen Außenhandelsgesetz auf ministerieller Basis weitergeführt wird.

Die Rindfleischpreise unterlagen nur ganz geringfügigen Preisschwankungen nach oben und unten. Auch die Schweinefleischpreise, die im Jahre 1951 geregelt wurden, erreichten fast nie den damals festgesetzten Preis. Es gab Zeiten, in denen der Speck in der Großmarkthalle um 12 Schilling pro Kilogramm im großen nicht abgesetzt werden konnte, obwohl der amtlich festgesetzte Preis hierfür bei 22 Schilling lag. Auch im Detail war Speck um 15 Schilling und noch billiger zu haben. Schwierig war die Situation auf dem Kälbermarkt, weil durch eine Aktion die sogenannten reagenten Rinder geschlachtet werden mußten. Der dezimierte Rinderstand mußte durch verstärkte Aufzuchtbemühungen wettgemacht werden und dadurch kam es zu einer Verknappung der Ware auf dem Kälbermarkt. Trotzdem wurden die amtlich festgesetzten Detailpreise nirgends überschritten. Auch auf dem Lebendviehmarkt für Schweine konnten größere Preisschwankungen verhindert werden.

Ein Appell an die Hausfrauen

Die Gemüsepreise sind gleichfalls von den vorjährigen Preisen nicht wesentlich abgewichen. Ein Appell muß an die Hausfrauen gerichtet werden, die einen großen Teil des Volkseinkommens im Haushalt verwalten. Wie ein richtig wirtschaftender Betrieb seine Einkäufe besorgt, wenn für ihn der Preis am günstigsten ist, so müssen auch die Hausfrauen mehr als bisher mit der Preisentwicklung vertraut gemacht werden. In Zusammenarbeit mit den Haushaltsschulen hat das Wiener Marktamt vor Jahren täglich im Rundfunk Menüzusammenstellungen, für die gerade vorhandene billige Ware vorgenommen wurden, durchgeben lassen. Der Erfolg war leider nicht überwältigend.

Stadtrat Bauer kam sodann auf einen Zeitungsartikel zu sprechen, in dem auf die angeblich zu großen Handelsspannen bei Gemüse und Obst hingewiesen wird. Das Marktamt hat damals dazu festgestellt, daß es sich dabei um italienischen Spinat gehandelt hat, dessen Qualität durch den Transport und durch Maschen vor der Verladung sehr gelitten hat. Dieser Spinat wurde bei einem kalkulierten Großhandelsabgabepreis von 40 bis 50 Schilling je Steige, sogar schon um 5 bis 25 Schilling je Kolli abgegeben. Es zeigt sich also, daß der Gemüse- und Obstgroßhandel mit bestimmten Handelsspannen rechnen muß, um dann derartige Verlustgeschäfte halbwegs ausgleichen zu können. Es wäre wünschenswert, wenn die Volksbildungsstätten die Hausfrauen in Kursen über richtiges Einkaufen beraten würden. Dies würde sich nicht nur auf Landwirtschaft und Handel, sondern auch für den Haushalt selbst gut auswirken.

In Wien die billigsten Schlachthofgebühren

Der Referent wandte sich dann dem Veterinäramt zu, dessen Hauptaufgabe darin liegt, darüber zu wachen, daß die Bevölkerung Wiens mit einwandfreiem Fleisch versorgt wird. In den Schlachthofanlagen wurden in den Jahren seit Kriegsende bis 1955 die Kriegsschäden mit einem Aufwand von 28,5 Millionen Schilling behoben. Für den Betrieb der Schlachthöfe wurden im laufenden Jahr 2,5 Millionen Schilling und im Voranschlag für 1957 zwei Millionen Schilling vorgesehen. Die Lieferungen von Schlachttieren nach Wien reichen wieder an die der Vorkriegszeit heran. Allerdings wird man sich auch damit beschäftigen müssen, neue städtische Schlachthanlagen zu planen. Stadtrat Bauer hob auch hervor, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Vieh- und Schlachthofgebühren arbeitet.

Abschließend dankte Stadtrat Bauer den Mitgliedern seines Ausschusses für ihre sachliche Arbeit und ebenso den Bediensteten seiner Geschäftsgruppe. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP)

./.

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Kronberger (VO) kommt auf die Lebensmittelpreise zu sprechen und stellt fest, daß es die Aufgabe des zuständigen Stadtrates gewesen wäre, gegen Preissteigerungen einzutreten. So hätten auch einige Bundesländer die Brotpreiserhöhung nicht mitgemacht. Der Redner stellt den Antrag, Stadtrat Bauer zu beauftragen, mit den Wiener Brotfabriken und der Bäckerinnung über eine Herabsetzung des Brotpreises zu verhandeln. Im weiteren fordert er eine Verbilligung der Butter zu Weihnachten. Durch die Erhöhung der Milchpreise werden weniger Milch gekauft und mehr Butter erzeugt. Da die Butter aber für breite Kreise der Bevölkerung gleichfalls zu teuer ist und daher liegen bleibe, werde sie zu billigen Preisen ins Ausland geliefert. Es müßte doch dem Beschaffungsamt als Großeinkäufer daran gelegen sein, Preiserhöhungen hintanzuhalten. Es würden dadurch auch der Gemeinde Millionenbeträge erspart werden. Der Redner wendet sich auch dagegen, daß der Zwischenhandel die Waren in einem untragbaren Ausmaß verteuert. Er verlangt von Stadtrat Bauer, er solle alles tun, damit nicht die Preise immer wieder den Löhnen davonlaufen. Abschließend teilt der Redner mit, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht die Zustimmung geben könne.

GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl (ÖVP) stellt im Gegensatz zum Redner der VO fest, daß selbst die Angstkäufe Anfang November ohne Preissteigerungen vorübergegangen sind. Ein Großteil des Einkommens unserer Arbeiter und Angestellten geht allerdings durch die Hände unserer Hausfrauen. Eine gewisse Lenkung im Interesse der Konsumenten sei daher dringend geboten. Der Redner begrüßt die beabsichtigte Konsumentenberatung und verlangt, daß beim Einkauf vor allem die Produkte der heimischen Landwirtschaft berücksichtigt werden sollen. Nicht immer sind importiertes Obst und Gemüse billiger als einheimisches.

GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl stellt auch mit Genugtuung fest, daß die Kriegs- und Nachkriegsschäden in den Amtshäusern, Märkten und Schlachthöfen zum größten Teil beseitigt sind. Nun sollte man jedoch der Erneuerung des Inventars mehr Augenmerk zuwenden.

Das Schloß Cobenzl wird nun hoffentlich endlich einem Verwendungszweck zugeführt werden. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, aus dem Schluß Belbvue ein Erholungsheim zu machen.

Im nächsten Jahr werden wahrscheinlich die Wahlen zur Wiener Landwirtschaftskammer möglich sein. Hoffentlich werden dann auch die Wünsche der Wiener Landwirtschaft erfüllt werden können, so zum Beispiel die Schaffung und Ausbesserung der Wirtschaftswege in den ländlichen Bezirksteilen Wiens. Als ein Lichtblick bezeichnet der Redner die Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Wiener Landwirtschaft, nämlich die Unterstützung durch die Gemeinde Wien bei der Hagelversicherung.

Der Blumengroßmarkt auf dem Phorusplatz erfülle seine Aufgabe sehr gut. Er mußte sogar vergrößert werden. Der Redner regt an, den Platz vor dem Markt in einem Parkplatz umzuwandeln. Der Naschmarkt hingegen ist nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch in sanitärer Hinsicht unmöglich geworden. Es sollte rasch entschieden werden, wo der neue Großmarkt hinkommt, umso mehr, als mit einer Baudauer von vier bis fünf Jahren gerechnet werden muß. Zwei Plätze kommen in die engere Wahl: der Erdberger Mais und ein Gelände in Simmering. Der Redner selbst meint, daß der Markt in Simmering die beste Lösung wäre. Er stellt in diesem Zusammenhang eine Anfrage an Stadtrat Bauer, ob das Projekt, den Markt auf dem Erdberger Mais zu errichten, tatsächlich stimmt. Wenn ja, sollte man die Bevölkerung darüber unterrichten, wann mit der Räumung des Platzes zu rechnen ist.

Es ist gelungen, den Bedarf der Wiener Bevölkerung an Fleisch zu decken. Der Fleischverbrauch ist fast der gleiche wie vor dem Krieg. Zur einwandfreien Fleischversorgung tragen vor allem die Veterinärärzte erfolgreich bei. Die Organe des Marktamtes fühlen sich erfreulicherweise nicht nur als Polizisten, sondern haben auch in vielen Fällen beratend und aufklärend gewirkt.

Abschließend unterstreicht der Redner die gute Zusammenarbeit im Wirtschaftsausschuß und gibt im Namen der ÖVP die Zustimmung zu den Ansätzen. ./.

GR. Pleyl (SPÖ) stellt einleitend mit Befriedigung fest, daß auch die Debatte zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe X von allen Rednern sachlich und objektiv geführt wurde. Zur vorgebrachten Klage, daß derzeit weniger Schweinefleisch, vor allem Schweinefett, abgesetzt werden kann, gibt er der Meinung Ausdruck, daß es sich auch hier um eine Erscheinung handle, die mit neuen Ernährungsmethoden zusammenhängt. Er glaube, man müsse trachten, den Überschuß an Schweinefett anderwärtig abzusetzen.

Die Schaffung einer Wiener Landwirtschaftskammer bezeichnete er als eine Notwendigkeit im Interesse der Allgemeinheit.

GR. Pleyl stellt ferner fest, daß die Ansätze der Geschäftsgruppe X gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent erhöht wurden und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, damit einiges zu schaffen.

Der Arbeit des Beschaffungsamtes, die außenhin kaum gesehen wird, kommt wegen ihrer Mannigfaltigkeit aber auch wegen des hohen Maßes an Verantwortung große Bedeutung zu. Im Hinblick auf die Millionenbeträge, die beim Beschaffungsamt umgesetzt werden, begrüßt er die Schaffung der Unterausschüsse, die im vergangenen Jahr bei den Einkäufen von Textilien und Lebensmitteln gute Arbeit geleistet haben. Der städtische Bäckereibetrieb ist nun imstande, volle Zweidrittel der Backwaren für den Eigenbedarf der städtischen Anstalten zu liefern, was gleichfalls als erfreulich bezeichnet werden kann. Das Beschaffungsamt hat sich zusätzlich zu seinem großen Aufgabenbereich auch in der Ungarnhilfe ausgezeichnet bewährt. Den Vorschlag, die unrentablen Betriebe des Liegenschaftsamtes abzustoßen, empfiehlt er einer genauen Überprüfung.

Das Marktamt hat im vergangenen Jahr Wesentliches geleistet, auch wenn es ihm nicht immer leicht gemacht wurde, seine Funktion als Preisregler auszuüben. Der Redner meint, es sollte vor allem das Bundesministerium für Landwirtschaft dazu angekurbelt werden, Einfuhrgenehmigungen rascher zu erteilen. Zum Naschmarkt stellt er fest, daß dieser in den frühen Morgenstunden verkehrstechnisch total verstopft ist. Dieser Markt ist nun schon zu alt und bereits unzulänglich. Im zuständigen Gemeinderatsausschuß hat man sich mit diesem Problem wiederholt beschäftigt und über die Verlegung in den Erdberger Mais oder auf die Simmeringer Heide diskutiert.

Die zweite Lösung schein dem Redner wegen der größeren räumlichen Möglichkeiten und der günstigeren Anlieferungswege aus dem Burgenland vorteilhafter zu sein. Die Fleischgroßmarkthalle entspricht gleichfalls nicht mehr den Anforderungen. Auch hier bedürfen Zukunftspläne gründlicher Überlegungen, bevor größere Investitionen beschlossen werden.

Durch die Leistungen des Veterinärarnotes ist die Wiener Bevölkerung vor der Seuchengefahr gesichert. Seine Arbeit wurde durch den großzügigen Aufbau der total zerstörten Schlachthöfe weitgehend erweitert. Auch im Hinblick auf die Rationalisierung der Arbeit machten unsere Schlachthöfe große Fortschritte. Der Redner begrüßt die Bestrebungen, die auf eine Fortsetzung dieser Modernisierung hinzielen und setzt sich für die Errichtung einer Schnellwäscherei für Schlachthofsbedienstete ein. Den Ansätzen der Geschäftsgruppe X wird seine Fraktion zustimmen.

Stadtrat Bauer erklärt in seinem Schlußwort, daß das Marktamt mit allen Interessenten Besprechungen führt, wenn es darum geht, Engpässe in der Versorgung zu verhüten. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß diese Gepflogenheit nach dem Beispiel Wiens nun auch auf der Bundesebene gepflogen werde. Er stellt fest, daß die Wiener Märkte trotz der Ereignisse in den Nachbarländern klaglos funktionieren. Er ist der Meinung, daß auch keine außergewöhnlichen Maßnahmen zur Sicherung der Brennstoffe notwendig sein werden.

Der Cobenzl wird als Ausflugsziel wieder hergerichtet werden. Auch bezüglich des Bellevue sind Unterhandlungen im Gange, sodaß es voraussichtlich 1957 seiner Bestimmung zugeführt werden kann. Auch den Wunsch nach Schaffung einer Parkmöglichkeit nächst dem Blumengroßmarkt könne man nur unterstreichen. Es sind auf diesem Gebiete noch einige Schwierigkeiten zu überwinden, doch wird auch hier eine der Bedeutung des Marktes entsprechende Lösung gefunden werden. Beide Koalitionsdebattenredner haben sich über die Stätte zur Errichtung des Obst- und Gemüsemarktes fast geeinigt. Vom Handel wurde auch ^{Wienerberg genannt.} der Sowohl in Simmering als auch im Erdberger Mais werden große Schwierigkeiten zu überwinden sein. Alle Vorarbeiten, die für die Errichtung eines derartigen Marktes notwendig sind, sollen bald beendet werden und dann obliege dem Gemeinderat die

Entscheidung, an welcher Stelle der Markt errichtet werden soll.

Dem Gemeinderat Pleyl müsse bezüglich der Importe erwidert werden, daß die Importanträge immer rasch und rechtzeitig gestellt wurden. Leider kommt es aber manchmal durch die Knappheit der Fristen zu Engpässen. Die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium ist aber gerade während der letzten Jahre immer sehr gut gewesen. So konnten heuer zum Beispiel auch so viele Weintrauben importiert werden, daß das Preisniveau wirklich günstig war. Auch mit dem Viehfonds wurde gut zusammengearbeitet. Bezüglich der Privatschlachtungen ist Stadtrat Bauer der Meinung, daß im Interesse der Bevölkerung und des Veterinäramtes die Überwachung in den städtischen Schlachthäusern viel intensiver und leichter durchgeführt wird. Auch wenn wir zu moderneren Arbeitsmethoden kommen, wird man nicht auf den privaten Schlachtbetrieb übergehen, sondern vielmehr unsere Schlachtstätten den modernen Erfordernissen anpassen müssen. Die Errichtung einer Wäscherei in den Schlachthöfen erscheint unzweckmäßig, da es sich in den Schlachthöfen um private Markthelfer, Lohnschlächter oder Fleischer handelt.

Abschließend dankt Stadtrat Bauer für die freundliche Behandlung seines Ressorts und bittet den Ansätzen die Zustimmung zu geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag der VO wurde abgelehnt. Die Anfrage der ÖVP wurde Stadtrat Bauer zur schriftlichen Beantwortung zugewiesen. Der Antrag der ÖVP wurde dem Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI zur Behandlung zugewiesen.

- - -

11. Hauptstück: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

20. Dezember (RK) Stadtrat Afritsch (SPÖ) referiert sodann über die Ansätze des 11. Hauptstückes - Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Für diese Gruppe sind im ordentlichen Voranschlag für 1957 160,674.500 Schilling vorgesehen, im außerordentlichen Voranschlag 4 Millionen. Die Ansätze des Jahres 1956 beliefen sich auf 146,711.700 Schilling. Außer der Feuerwehr, die betriebsmäßig verrechnet wird, ist bei allen anderen Rubriken nur der Ressortaufwand, also ohne Personal- und Verwaltungsaufwand, ausgewiesen.

Von der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1956 2.481 Staatsbürgerschaftsansuchen und Staatsbürgerschaftserklärungen positiv erledigt. Im Jahre 1955 wurde im selben Zeitraum noch 4.007 Einbürgerungswünsche Rechnung getragen. Von den 2.481 waren 247 Ministerratsfälle, das heißt, Fälle von Personen, die noch keinen vierjährigen Wohnsitz in Österreich nachweisen konnten. Von diesen 2.481 Fällen sind 1.122 aufrecht erledigte Staatsbürgerschaftserklärungen von Volksdeutschen.

150.000 Menschen erhielten in Wien Staatsbürgerschaft

Seit dem Jahre 1945 wurden 89.550 Staatsbürgerschaftsfälle einer positiven Erledigung zugeführt. Wenn man dazu die Frauen und Kinder rechnet, handelt es sich um rund 150.000 Personen die dadurch in Wien die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben.

Interessant ist auch das Ergebnis zu dem das Optantengesetz für die Volksdeutschen von 1954 geführt hat. Dieses Gesetz hat bekanntlich den Volksdeutschen die Möglichkeit gegeben, auf erleichterte Weise die österreichische Staatsbürgerschaft durch eine bloße Erklärung zu erwerben. 7.187 Erklärungen wurden abgegeben, davon wurden 6.412 also 89.2 Prozent positiv erledigt. 646 mußten aus gesetzlichen Gründen negativ erledigt werden. 94 Fälle mußten an andere Behörden abgetreten werden, da hierfür der Wiener Magistrat nicht zuständig war. Es handelt es sich hier hauptsächlich um Personen, die in den Randgebieten ihren ständigen Wohnsitz haben.

Die Wiener Verwaltung hat ihr Versprechen eingehalten, das Optantengesetz rasch und liberal durchzuführen.

Das Referat für die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen war auch heuer so wie im Vorjahre übermäßig stark beschäftigt. Vom 1. Jänner bis 30. November wurden 118.000 Staatsbürgerschaftsdokumente ausgestellt.

Die bedeutendste Aufgabe der Magistratsabteilung 62 ist die Durchführung von Wahlen. Im Jahre 1957 ist die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen. Im Budget sind für diese Wahl 5,9 Millionen Schilling angesetzt. Die Papier- und Drucksortenkosten werden vom Bund vollbezahlt und von den anderen Kosten wird ein Drittel rückvergütet.

Zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 62 gehört auch die Vermögenssicherung. Es ist dies eine auslaufende Tätigkeit, die nur wegen des verspäteten Inkrafttretens des Staatsvertragsdurchführungsgesetzes deshalb noch fortzuführen ist, weil der endgültige Abschluß dem Finanzministerium obliegt. Vor einem Jahre, im Dezember 1955, betrug die Zahl der öffentlichen Verwaltungen 291. Sie ist seither auf 220 gesunken. Die Zahl der öffentlichen Aufsichten betrug damals 59, gegenwärtig 22. Auch von den jetzt noch bestehenden öffentlichen Verwaltungen und Aufsichten ist bereits eine Anzahl von Fällen im Stadium der Aufhebung.

Die NS-Registrierung wird wohl in absehbarer Zeit neu geregelt werden müssen, um diese ganze Angelegenheit zu einem Abschluß zu bringen. Wie gering die Bedeutung der Registrierungspflicht derzeit ist, geht daraus hervor, daß bei der letzten Auflage im Oktober 1956 nur vier Einsprüche eingebracht wurden. In den ersten 11 Monaten dieses Jahres wurden in Wien 378 Vereine neu gebildet und 201 gelöscht, davon wurden 69 behördlich aufgelöst.

Die Landesumsiedlungsstelle übt eine normale Tätigkeit aus, wird aber im Zusammenhang mit den ungarischen Flüchtlingen künftig eine starke Vermehrung ihrer Aufgaben erfahren.

Das Wiener Gewerbe

Auf dem Gebiete des Gewerbewesens sind im abgelaufenen Jahr keine gesetzlichen Neuerungen erfolgt.

Aus den allgemeinen Gewerbeangelegenheiten sind in diesem

Zeitraum erwähnenswert: das Betriebsaktionen-Verbotsgesetz, das der Landtag am 13. Juli 1956 beschlossen hat.

Ferner ist dem Amt der Landesregierung eine neue Aufgabe erwachsen durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 20. März 1956. Über den Umfang von Gewerbeberechtigungen kann nach der Gewerbeordnung auch das Schiedsgericht der Landeskammer der gewerblichen Wirtschaft entscheiden. Gegen diesen Entscheid war nach der Gewerbeordnung die Berufung nur an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zulässig. Diese Bestimmung der Gewerbeordnung hat der Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und erklärt, daß gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes der Landeshauptmann im Berufungswege zu entscheiden hat und erst im weiteren Instanzenzug das zuständige Bundesministerium angerufen werden kann.

Auch Fragen des Ladenschlusses und der Sonntagsruhe beschäftigen schon seit mehr als einem Jahr die Öffentlichkeit. Ein im Sommer des heurigen Jahres veröffentlichter Entwurf des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau befriedigte in keiner Weise und löste schärfsten Widerspruch aus. Der neue Minister für Handel und Wiederaufbau veranstaltete am 8. November 1956 eine Ladenschlußenquête, nach deren Ergebnis das Bundesministerium einen neuerlichen Gesetzentwurf ausarbeiten wird, der hoffentlich eine bessere Aufnahme finden kann.

Die Bewegung bei den Gewerbeberechtigungen zeigt weiter das Bild der Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Gewerbebeanmeldungen betragen in der Zeit vom 1. November 1955 bis 31. Oktober 1956 7.081. Ein Jahr vorher waren es 7.763, also um 10 Prozent mehr. Zurückgelegt wurden im Berichtsjahr 4.911 Gewerbe. Ein Jahr vorher waren es 5.913. Das ist ein Zuwachs von 2.170 neuen Gewerbeberechtigungen. Im Jahre 1955 betrug die tatsächliche Vermehrung an Gewerbeberechtigungen 1.850. Die Magistratsabteilung 63 unter Leitung von Senatsrat Knauer hat sich bemüht, allen Anforderungen im Rahmen der Gesetze in rascher und zweckentsprechender Weise zu entsprechen.

Administrative Baurechtsangelegenheiten

Die Magistratsabteilung 64 befaßt sich unter anderem mit den administrativen Baurechtsangelegenheiten. Im Jahre 1956 wurden

bis Dezember unter anderem 2.850 Grundabteilung, 650 allgemeine Bausachen, 350 Elektrizitäts- und 153 Tankstellenangelegenheiten behandelt.

Für die Bauoberbehörde wurden 850 Entscheidungen, an den Verwaltungsgerichtshof 60 Gegenschriften verfaßt, Berufungen gegen Baustrafen wurden 290 behandelt.

Zu den durch die Magistratsabteilung 64 bearbeiteten Angelegenheiten gehören auch die Ersatzausführungen sowohl in Kriegs- wie in Zeitschadensfällen an Wohnhäusern, wenn hiedurch eine akute Gefahr beseitigt oder die sonst unvermeidliche Räumung von Wohnungen vermieden werden kann.

In diesem Jahre wurden bisher 258 Wohnobjekte durch Ersatzausführungen auf diese Weise erhalten.

Hinsichtlich der legislativen Tätigkeit der Magistratsabteilung 64 wären die Bauordnungsnovelle 1956 und das Elektrizitätslandesgesetz, die bereits vom Landtag beschlossen wurden, hervorzuheben, ferner die Ausarbeitung der Entwürfe für das Garagen-, Wiener Feuerpolizei- und das Wiener Feuerwehrgesetz.

Fast vier Millionen Quadratmeter Grundstücke erworben

Für Grunderwerb sind im Anschlag 1957 sowie im Vorjahr 50 Millionen Schilling vorgesehen. Im laufenden Jahr wurden die 50 Millionen verbraucht und außerdem ein Zuschußkredit von 7 Millionen genehmigt. Bis zum heutigen Tage wurden im Jahre 1956 3,921.000 Quadratmeter erworben.

Der Erwerb der Gründe erfolgte in erster Linie für die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten, für Assanierungszwecke, Siedlungen, für Zwecke des Abtausches, für Friedhoferweiterungen, für Eröffnung von Verkehrsflächen, für Sport- und Grünanlagen und für andere öffentliche Zwecke.

Nicht unwesentliche Schwierigkeiten bei den Grundkäufen ergaben sich gegenüber dem Vorjahre durch die erst heuer fühlbare steigende Tendenz der Grundpreise und durch das Auftreten zahlreicher Grundinteressenten bei der Erwerbung des im inneren Stadtgebiete nur noch in beschränktem Umfange vorhandenen freien Baugrundes.

Für Assanierungen und Verkehrsverbesserung

Einen breiten Raum nehmen auch die Grunderwerbungen im Zuge der Assanierung alter Stadtviertel ein. Eine große Zahl alter demolierungsreifer Häuser wurde in den Assanierungsgebieten Alt-Erdberg, Lichtental, Alt-Ottakring und Brauhirschgrund erworben. Mit den Grund- und Hauserwerbungen waren häufig auch kostspielige Absiedlungen von Gewerbebetrieben der Verkäufer und die Beschaffung von Ersatzobjekten verbunden. Auch außerhalb dieser Assanierungsgebiete wurden einige alte Häuser, die vor die Baulinie ragen, zur Behebung des Verkehrshindernisses und zur bauordnungsgemäßen Neubehauung des Grundes erworben. Die umfangreichen Grundtransaktionen im Zusammenhange mit der Regulierung des Liesingbaches wurden im Gebiete der Baulose Unter-Laa (10. Bezirk) und Inzersdorf (23. Bezirk) fortgesetzt.

Sicherung des Wald- und Wiesengürtels

Aus der großen Zahl der Grunderwerbungen wäre hervorzuheben: die Erwerbung des über drei Millionen Quadratmeter umfassenden Grundbesitzes der Schwarzenberg'schen Erben in Neuwaldegg (17. Bezirk), bestehend aus Wäldern, Wiesen und Äckern, zum Zwecke der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels um einen Kaufpreis von zirka 14 Millionen Schilling.

Durch diesen Grunderwerb wird ein großer und wichtiger Teil des Wald- und Wiesengürtels vor jeder Bedrohung oder Zersplitterung und unberechtigter Bauführung gesichert. Der erworbene Grundbesitz hat seine Nordgrenze beim Häuserl am Roan und zieht sich in ostwestlicher Richtung von Neustift bis an den Schottenhof. Da die anschließenden Gründe des neuen Besitzes, mit Ausnahme der westlichen, jenseits der Gemeindegrenze gelegenen Grundflächen, schon derzeit Gemeindebesitz sind, wird durch diesen Grunderwerb ein zusammenhängender weitläufiger Grundkomplex im Rahmen des Wald- und Wiesengürtels erzielt.

Im Jahre 1956 wurden außerdem rund 340 Grundtransaktionen durchgeführt. ./. .

Die Magistratsabteilung 65 hat sich im Jahre 1956 unter anderem mit 476 zivilen Streitsachen befaßt, wobei die Kündigungs- und Räumungsprozesse den Hauptteil ausmachten.

Zunahme der Wiener Bevölkerung

Zur Magistratsabteilung 66 - Statistisches Amt der Stadt Wien - erwähnte Stadtrat Afritsch folgendes: Der Bevölkerungsstand betrug am 1. Jänner 1956 1.619.298 und am 31. Oktober 1956 1.626.339. Das ergibt eine Zunahme von 7.041 Personen.

Die Erklärung der Zunahme ist folgende: Gestorben sind in den letzten zehn Monaten 19.922, geboren wurden im gleichen Zeitabschnitt 11.208 Personen. Der Verlust aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung beträgt 8.714, zugewandert sind in diesem Zeitraum 62.287, abgewandert 46.532 Personen, sodaß der Wanderungsgewinn 15.755 beträgt. Nach Abzug des Bevölkerungsverlustes beträgt die tatsächliche Zunahme gegenüber dem Jahresbeginn, also 7.041 Personen.

Zu den Publikationen bemerkte der Referent, daß außer den periodischen Druckwerken des Statistischen Amtes der Stadt Wien, das sind das "Jahrbuch der Stadt Wien", "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" und "Statistisches Taschenbuch", einige Sonderhefte herausgegeben wurden..

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge betrug Ende Oktober 1956 146.086 Fahrzeuge ohne Mopeds. Das ist eine Vermehrung gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 13.4 Prozent. Die große Zunahme war bei den Personenkraftwagen zu verzeichnen, die sich von 49.451 auf 64.979, also um 31.4 Prozent vermehrten.

16.650 Verkehrsunfälle

Vom Jänner bis Oktober ereigneten sich in Wien 16.650 Verkehrsunfälle, bei denen 10.192 Personen verletzt oder getötet wurden. Von den verletzten Verkehrsteilnehmern sind zwei Prozent mit tödlichem Ausgang.

75 neue Einbahnen

75 Straßen und Plätze oder auch Teilstücke davon sind in der Zeit vom Jänner bis November zu Einbahnstraßen erklärt worden, und auf 13 Straßen wurden Parkverbote erlassen.

Das Statistische Amt der Stadt Wien hat auf den Wiener Ausfallstraßen umfangreiche Verkehrszählungen durchgeführt, die als Unterlage für Verkehrsregelung und Verkehrsplanung dienen.

Für die Pressestelle und für das Stenographenbüro sind im Voranschlag an Ausgaben ohne Personalkosten 1,147.500 Schilling vorgesehen. Die Einnahmen werden mit 1,344.000 Schilling angenommen.

Für Goldene Hochzeiten, Empfänge, Feierlichkeiten und für Ehrengaben sind für den Präsidialdienst im Budget 1957 1,085.000 Schilling vorgesehen.

Die Wiener Feuerwehr

Bei der Feuerwehr der Stadt Wien betragen die Gesamtausgaben im Jahr 1956 67,1 Millionen Schilling. Für 1957 sind Gesamtausgaben von 73 Millionen vorgesehen. Der Mehraufwand ist im wesentlichen bedingt durch die Personalbezüge.

Der Wiederaufbau der Hauptfeuerwache Döbling wurde heuer begonnen. Für 1957 sind vier Millionen vorgesehen, für 1958 ist mit der Fertigstellung zu rechnen.

Die Fahrzeugpark- und Maschinenausrüstung wird weiter fortgesetzt.

Der Personalstand ist gleichgeblieben und beträgt 1.255 Mann.

In der Zeit vom 1. November 1955 bis 31. Oktober 1956 gab es Ausrückungen zu drei Großbränden, 70 Mittelbränden, 1.464 Kleinbränden und 96 Rauchfangbränden, insgesamt also 1.633 Brände. Im Vorjahr waren es 1.016 Brände.

An technischen Hilfs- und Arbeitsleistungen sind 4.913 zu verzeichnen, an Fehlanzeigen 282. Die Summe der Ausrückungen beträgt insgesamt 6.828; im Vorjahr waren es 5.043.

Durch die Großbrände ist die Schadenssumme im Jahr 1956 aussergewöhnlich hoch. Sie wird auf 95 Millionen geschätzt. Der Brandschaden, der im Jahre 1956 entstanden ist, ist höher als der Gesamtschaden der Jahre 1946 bis 1955. Dies ist vor allem durch

den Börsebrand bedingt, der allein 70 Millionen kostet. Nach dem Gutachten des Sachverständigen und nach Auffassung des Kommandos wurde der Börsebrand, bzw. die Brandausweitung durch die Art der Heizanlage und durch die ungünstige bauliche Beschaffenheit des Börsegebäudes hervorgerufen, wobei die nichtbestimmungsgemäße Verwendung der Börse eine große Rolle spielte.

Abschließend sagte Stadtrat Afritsch, er möchte heuer mit einem besonderen Dank an alle Angehörigen der Feuerwehr seine Ausführungen beschließen; ebenso gilt sein Dank allen anderen Angehörigen seiner Verwaltungsgruppe, für die gute Arbeit, die sie während des Jahres geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (VO) beschäftigt sich eingangs mit den Bezirksvertretungen. Manche Vorsteher, so sagte er, gebärden sich als Bezirkspascha. Die Bezirksräte haben dann wenig zu reden. Die Bezirksvertretungen sollten jedoch wirklich als demokratische Organe gestaltet und genützt werden.

GR. Hausner begrüßt die umfangreichen Bodenbeschaffungen der Gemeinde Wien. Er stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag, Stadtrat Afritsch solle den Entwurf für ein Bodenbeschaffungsgesetz ausarbeiten lassen und diesen Entwurf der Bundesregierung übermitteln.

Ferner stellt der Redner den Antrag, daß die Berichte des Magistrates zu den Anträgen der Gemeinderäte im vollen Wortlaut im "Amtsblatt der Stadt Wien" veröffentlicht werden sollen.

Zur Statistik bemerkte der Redner, daß es keine Statistik darüber gäbe, wieviele Menschen in unserer Stadt obdachlos sind.

Volles Lob hat GR. Hausner für die Feuerwehr der Stadt Wien. Es werden von seiten der Stadtverwaltung große Anstrengungen gemacht. Trotzdem gibt es noch eine Reihe von Fragen, die bisher unberücksichtigt geblieben sind, wie z.B. Probleme der Arbeitszeit u.a. Dringend wäre auch die Erneuerung des Fahrparks der Feuerwehr.

Im großen und ganzen, so schloß der Redner, sei bei dieser Verwaltungsgruppe zu bemerken, daß man sich bemüht, den Anforderungen gerecht zu werden. Seine Fraktion werde daher für die Ansätze stimmen.

GR. Bittner (ÖVP) bedauert einleitend zu seinem Debattenbeitrag, daß der Gemeinderatsausschuß der Geschäftsgruppe XI im Laufe des Jahres nicht immer erschöpfend über die Tätigkeit der wichtigsten Abteilungen dieser Geschäftsgruppe informiert wurde. Zum Bericht über die Tätigkeit der Magistratsabteilung 61 - Bevölkerungswesen - gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß seit 1945 ungefähr 100.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt er sich ausführlich mit dem Inhalt des von dieser Abteilung herausgegebenen Brautbuches, das anlässlich der standesamtlichen Trauung den Brautleuten überreicht wird. Er erhebt zunächst Einspruch dagegen, daß diese Publikation ohne Kenntnis des Ausschusses erschienen ist, dem weder das Datum des Erscheinens noch die Kosten des Buches bekannt sind. An einigen Beispielen, die er vorliest, stellte er fest, daß das Brautbuch im Geiste eines krassen Materialismus ältester Schule entstanden ist und daß es völlig unhaltbare und konstruierte Ansichten beinhaltet. Seiner Meinung nach sei es unverantwortlich, die Wiener Bevölkerung mit so unwissenschaftlichen Vorstellungen bekannt zu machen. (Beifall bei der ÖVP.) Zusammenfassend muß gesagt werden, führte er weiter aus, daß das Negative bei weitem alles Positive des Buches übertrifft. Für die Katholiken aber bedeute das Brautbuch eine Herausforderung.

Zum Kapitel Gewerbewesen bedauert er, daß es immer noch unbefugte Gewerbeberechtigungen gibt. Er verweist auf das Frackerunwesen und erinnert daran, daß nach der Gewerbeordnung nur inländisches Obst von diesen Händlern verkauft werden darf. Man sieht aber häufig Bananen.

Den Ankauf von Grundstücken, wie etwa der Schwarzenbergischen Gründe, die zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels beitragen, finden seine volle Zustimmung. Darüber hinaus regt er an, mehr Gründe für den Leistungssport freizugeben.

Die Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien bezeichnet er als interessant, doch würde er es begrüßen, wenn sie sich mehr als bisher auch mit familienpolitischen Dingen

befassen würden.

Abschließend verweist er darauf, daß die Feuerwehr der Stadt Wien die größte Post in den Ansätzen der Verwaltungsgruppe darstellt. Er verweist auf die Klagen, die über den Dienstpostenplan geführt werden und gibt der Meinung Ausdruck, daß es vor allem um den akademischen Nachwuchs bei der Feuerwehr nicht gut bestellt ist. Zur Frage der technischen Ausrüstung stellt er fest, daß derzeit noch immer Fahrzeuge benutzt werden, die nach 1945 inétandgesetzt wurden und verlangt daher, man solle höhere Aufmerksamkeit der Ausrüstung schenken. Den der Feuerwehr in Aussicht gestellten Kranwagen sollte man seiner Meinung nach in den USA kaufen. Er bemängelt, daß es in der Feuerwehrzentrale für die erste Bereitschaft keine Waschgelegenheit gibt und daß die Schlafräume sehr beengt sind.

Zum Abschluß gibt er seinem Befremden darüber Ausdruck, daß im Bilderteil des "Amtsblatt der Stadt Wien" ^{sehr} nur selten oder gar nicht führende Mandatare der ÖVP aufscheinen.

Die ÖVP wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI zustimmen.

GR. Bock (SPÖ) hebt die Bedeutung dieser Gruppe hervor, zu der außer unserer Feuerwehr, die wieder Weltruf erlangt hat, auch jene Abteilung gehört, die sich mit den Grundankäufen beschäftigt. Durch diese Grundkäufe wird die Voraussetzung zum sozialen Wohnhausbau, zur Lösung des Verkehrsproblems und aller jener Dinge, die mit dem Fortschritt einer Stadt im Zusammenhang stehen, geschaffen. Gemeinderat Dr. Wollinger (ÖVP) hat einmal die Befürchtung ausgesprochen, daß die Gemeinde immer mehr und mehr Grund und Boden ankauft. Auch Gemeinderat Haim (ÖVP) hat in einer Rede anlässlich einer Dachgleichenfeier die Behauptung aufgestellt, daß die Gemeinde Wien der größte Bodenspekulant in dieser Stadt sei. Schon allein das Wort Spekulant müsse zurückgewiesen werden, denn niemals hat die Gemeinde Boden angekauft, um daraus Gewinn zu erzielen.

Wien besitzt eine Fläche von 41.409 Hektar. Davon sind zehn Prozent Bauland, das übrige teilt sich auf Wiesen, Äcker, Verkehrsflächen usw. auf. Der Gesamtbesitz der Gemeinde Wien

an Gründen beträgt insgesamt 38. 304 Hektar, davon aber 21 Hektar außerhalb Wiens. Innerhalb der Stadt besitzt die Gemeinde nur 17.000 Hektar, die als Kleingärten, Friedhöfe, Parks, Siedlungsanlagen usw. genützt werden. Allein 204 Hektar sind an Genossenschaften zum Bau von Ligenheimen vergeben. Für den sozialen Wohnhausbau braucht die Gemeinde jährlich zirka 30 Hektar Bauland, nicht eingerechnet die Gründe für Verkehrsflächen. Jene Gründe, die die Gemeinde augenblicklich nicht brauchen kann, hat sie verpachtet.

Von großer Wichtigkeit für die Stadt ist auch die Beschließung eines modernen Bodenbeschaffungsgesetzes. Innerhalb der ÖVP spreche man sich einerseits für ein solches Gesetz aus, andererseits höre man immer wieder Stimmen dagegen und die Ansicht, die Sozialisten wollen durch Enteignungen das private Eigentum zurückdrängen. Wollten dies die Sozialisten wirklich tun, so hätten sie auch nach der bestehenden Bauordnung die Möglichkeit, im Interesse der Stadt Enteignungen vorzunehmen. Es wurde aber fast immer noch eine friedliche Lösung mit den Grundbesitzern gefunden. Man soll also nicht gegen die Beschließung eines solchen Gesetzes mit der Begründung auftreten, die Sozialisten würden es ausnützen. Das Gesetz soll nur dort angewendet werden, wo Eigensinn oder Profitsucht eine Erwerbung des Grundes im Allgemeininteresse verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Ausführungen des Vorredners betreffend das Brautbuch sei zu sagen, daß es sehr schwer ist, ein Buch herauszubringen, das allen Weltanschauungen gerecht wird. Auch andere Bundesländer vergeben ähnliche Bücher. Es gäbe nur die eine Möglichkeit, daß man sich zusammensetzt, das Buch durchstudiert und gemeinsam einige Veränderungen vornimmt. Vielleicht käme man dadurch zu einem brauchbaren Ergebnis. Die Kosten für dieses Buch werden nicht von der Gemeinde getragen.

Abschließend erklärt GR. Bock, daß die Sozialistische Partei bestrebt ist, alle die einzelnen Abteilungen dieser Gruppe positiv im Interesse unserer Stadt und ihrer Bevölkerung zu verwalten.

Stadtrat Afritsch stellt in seinem Schlußwort fest, daß alle Aufgaben der Gemeindeverwaltung, die in den einzelnen Gruppen nicht unterzubringen waren, in seiner Gruppe Aufnahme fanden. Dazu gehören auch eine Reihe von Aufgaben, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeverwaltung fallen, sondern in die der mittelbaren Bundesverwaltung, wie zum Beispiel Gewerbeangelegenheiten und ein Teil der Abteilungen 61, 65 usw. Diese Dinge sind nach der Verfassung kein Gegenstand, der im Ausschuß seiner Gruppe verhandelt werden muß. Er ersucht daher, stets auseinanderzuhalten, was Gemeindeaufgaben und was Aufgaben der mittelbaren Bundesverwaltung sind.

Zur Diskussion über das Brautbuch möchte er einiges richtigstellen. Das Buch ist im Verlag für Jugend und Volk erschienen. Seine Kosten werden durch Einschaltungen in diesem Buch gedeckt. Auch andere Städte verteilen derartige Bücher, in manchen Fällen sogar mit Zuschüssen der Landes- und Gemeindeverwaltungen. Auf eine Anregung des Verlages wurde auch für Wien ein solches Buch herausgebracht. Es wurde das Manuskript vorgelegt und nach Durchsicht etliche Streichungen, bzw. Änderungen vorgenommen. Auch in der Neuauflage ist einiges geändert worden. Unter anderem wurde auch das Vorwort weggelassen. Die Anregung, dieses Buch noch einmal gemeinsam zu überarbeiten, soll aufgenommen werden. Es sollen nicht nur die Gemeinderäte, sondern auch einige Wissenschaftler herangezogen werden. Unmöglich sei es jedoch, jede Stelle dieses Buches, die jemandem nicht paßt, herauszunehmen, denn dann entstünde kein Brautführer, sondern irgend ein nutzloser Kalender, der an den wichtigen Fragen des Ehelebens vorbeigeht. Es hat keinen Sinn, in einem solchen Buch Vogel-Strauß-Politik zu betreiben. Es sei kaum besser, wie dies im steirischen Brautbuch der Fall ist, vier Seiten über die Häusbar und das Brauen von Schnäpsen anzuführen. (Beifall bei der SPÖ.) Es darf nicht so weit gehen, daß alle wesentlichen Dinge, die zu sagen sind, weil keine Einheitlichkeit herge-

stellt werden kann, aus dem Buch herausgenommen werden.

Wegen der Feuerwehr wurden einige Wünsche vorgetragen. Wir können aber im allgemeinen sagen, daß die Feuerwehr der Stadt Wien technisch eine Höhe erreicht hat, die allen modernen Anforderungen entspricht. Gewisse Spezialgeräte werden allerdings nicht in Osterreich erzeugt. Sie müssen daher im Ausland gekauft werden. Der Referent bestätigt, daß es einen Mangel an Feuerwehroffizieren gibt.

Zur Bodenbeschaffung bemerkte Stadtrat Afritsch abschließend, daß die Gemeinde Wien keineswegs dazu beitrage, die Grundpreise in die Höhe zu treiben. Das Gegenteil ist richtig. Die Stadt verzichtet manchmal auf ein Grundstück, weil der Grundpreis zu hoch ist.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des II. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die beiden Anträge der VO werden abgelehnt.

- - -

Bilanz und Bedeckung

=====

20. Dezember (RK) Über Bilanz und Bedeckung referierte der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch (SPÖ). Nach Genehmigung der Ansätze über die Verwaltungsgruppen I bis XI, so führte er aus, habe er nun die Anträge zur Bilanz des Voranschlages und zur Bedeckung des Gebarungsabganges vorzulegen. Der Referent stellt folgende Anträge:

Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1957 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 3.890,715.300 Schilling und Ausgaben von 4.049,708.100 Schilling und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 23,154.000 Schilling und Ausgaben von 45,880.000 Schilling genehmigt.

Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall zehn Prozent des betreffenden Ansatzes, bezw. Teilansatzes oder 5.000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, wie die Kassenlage es er-

fordert.

Abschließend dankte Stadtrat Resch jenen Funktionären und Angestellten, die bei der Aufstellung des Voranschlages mitzuwirken hatten. (Allgemeiner Beifall.) An die Spitze seines Dankes stellte er die Mitglieder des Finanzausschusses, die unter der peinlich korrekten Führung von Landtagspräsident Gemeinderat Marek den Finanzreferenten in sämtlichen Beratungen unterstützt haben. Von den Beamten hob Stadtrat Resch hervor: Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs, den Leiter der Amtsinspektion Obersenatsrat Dr. Parville, von der Magistratsabteilung 5 Senatsrat Dr. Binder und Oberamtsrat Riedl, von der Magistratsabteilung 4 Senatsrat Dr. Wendl, Rechnungsamtsdirektor Giller sowie die beiden Beamten des Stadtratbüros. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Damit ist der Voranschlag der Hoheitsverwaltung der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 genehmigt.

(Unterbrechnung des Sitzungsberichtes)

- - -

Adalbert Goldschmidt zum Gedenken
=====

20. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 50. Todestag des Komponisten Adalbert von Goldschmidt.

Am 5. Mai 1848 in Wien geboren, genoß er eine sorgfältige Erziehung und erhielt seine musikalische Ausbildung am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde. Schon frühzeitig kompositorisch tätig, wurde er von Franz Liszt zu weiterem Schaffen ermutigt. Seine Werke, die Lieder, Instrumentalmusik, Messen und vor allem Opern umfassen, wurden auch im Ausland erfolgreich aufgeführt. Sein Haus war ein beliebter Treffpunkt vieler berühmter Künstler.

- - -

Ende des Gastärztestreiks
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz des Personalreferenten der Stadt Wien Stadtrat Riemer haben heute nachmittag im Rathaus neuerlich Verhandlungen über die Forderungen der Gastärzte stattgefunden. An diesen haben Vertreter der Wiener Ärztekammer, die Vertrauensmänner der Ärzte unter Führung von Gemeinderat Schiller, dem Obmannstellvertreter der Gewerkschaft, und drei Sprecher des Gastärzteausschusses teilgenommen.

Die Ärztevertreter nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die von der Stadtverwaltung eingeleitete Prüfung des weiteren Ärztebedarfes in den städtischen Krankenanstalten beschleunigt fortgesetzt und zur Grundlage der Entscheidung über die Schaffung neuer Sekundararztstellen genommen wird. Die Neueinstellung erfolgt im kommenden Jänner im Einvernehmen und auf Vorschlag der leitenden Ärzte. Die Stadtverwaltung wird sodann in weiteren Verhandlungen mit der Ärztekammer und mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und mit den zuständigen Stellen des Bundes das Gastärzteproblem, das nicht nur ein Problem der Stadt Wien, sondern eine Angelegenheit ganz Österreichs ist, einer Gesamtlösung zuführen. Die Vertreter der Gastärzte haben auf Grund dieser Erklärungen die sofortige Beendigung ihrer Aktion zugesagt.

- - -

37 Schwesterndiplome im Rudolfsspital
=====

20. Dezember (RK) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Riemer und des früheren Direktors der Anstalt Dr. Steindl wurden heute vormittag in der Krankenpflegeschule des Krankenhauses Rudolfsspital 37 Absolventinnen, darunter zwei geistliche Schwestern, diplomiert. Im Namen der Schule verabschiedete sich von den Schülerinnen, die nun nach dreijährigem Studium die Krankenpflegeschule verlassen werden, Direktor Prof. Zimmermann.

Stadtrat Riemer übermittelte den jüngsten Krankenschwestern Wiens die Grüße und Glückwünsche des Bürgermeisters.

Vizebürgermeister Weinberger nahm dann die Verteilung der Diplome und der Schwesternbroschen vor. Auch er wünschte den Krankenschwestern die besten Erfolge in ihrem weiteren Berufsleben und ermahnte sie, im Interesse unserer Kranken Mitbürger ihre Pflichten niemals zu vernachlässigen.

Auch die Schuloberin Strobl sprach herzliche Worte, worauf eine der soeben diplomierten jungen Schwestern dankte.

- - -

Neue Gleisschleife vor dem Südbahnhof
=====

20. Dezember (RK) Samstag, den 22. Dezember, wird die neue Gleisschleife vor dem Südbahnhof auf der Seite des Schweizer Gartens in Betrieb genommen. Diese Schleife wird von den Zügen der Linien D und 13 und in den Zeiten des Hauptverkehrs von Verstärkungszügen der Linie O befahren.

Die Züge dieser Linien sind beim Südbahnhof dann nicht mehr auf der Gürtelseite, sondern auf der Seite des Schweizer Gartens zu erreichen.

- - -

Schweinenachmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Unverkauft Inland: 0. Neuzufuhren Inland: 33, Bulgarien 599, Polen 117, Jugoslawien 549, Rumänien 360, Ungarn 258. Summe 1916. Unverkauft: Bulgarien 163, Jugoslawien 89, Rumänien 73, Ungarn 107. Summe 432. Verkauft: 1484.

Ruhiger Marktverkehr. Preise: Inlandschweine 14.- S, polnische 13.30 bis 14.- S, jugoslawische 11.50 bis 13.70 S, rumänische 11.50 bis 14.- S, bulgarische 12.70 bis 13.80 S, ungarische 13.30 bis 13.50 S.

- - -

Rindernachmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Vom Vormarkt: 7 Ochsen, 2 Stiere, 30 Kühe, Summe 39. Neuzufuhren: 14 Ochsen, 7 Stiere, 100 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 126. Gesamtauftrieb: 21 Ochsen, 9 Stiere, 130 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 165. Unverkauft: 3 Ochsen, 28 Kühe, Summe 31. Verkauft: 18 Ochsen, 9 Stiere, 102 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 134.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Die Wirtschaftspläne der Unternehmungen

=====

20. Dezember (RK) Am frühen Nachmittag begannen die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1957. Berichterstatter für diesen letzten Teil der Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus ist Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er führte unter anderem aus:

Der Voranschlag der Städtischen Unternehmungen wird von dem ungünstigen Budget der Verkehrsbetriebe überschattet. Wenn man die Wirtschaftspläne der sechs Unternehmungen ganz flüchtig überblickt, dann wird man feststellen können, daß bei den E- und Gaswerken infolge der noch immer dauernden Hochkonjunktur auch für 1957 mit einem weiteren Steigen der Produktion und des Absatzes gerechnet werden kann.

Das Sorgenkind Verkehrsbetriebe

Ganz anders gehen die Wiener Verkehrsbetriebe in das neue Jahr. Sie waren schon bisher ein Sorgenkind unter den Städtischen Unternehmungen und sie werden es im Jahre 1957 im verstärkten Maße sein. Nicht etwa deshalb, weil sie an einer ungünstigeren Entwicklung selbst schuldtragend wären, sondern weil durch ständige Veränderungen der Aufwandseite, die auch seit der letzten Tarifierhöhung die Erlösseite in Mitleidenschaft gezogen hat, das Erfolgsbild ungünstiger gestaltet wurde. Die Wiener Verkehrsbetriebe mit ihren 12.800 aktiven Bediensteten und 13.700 Pensionisten sind und bleiben ein außerordentlich lohnintensiver Betrieb. Jede Veränderung auf der Lohn- und Gehaltsseite wird gerade bei solchen Unternehmen in besonderer Weise spürbar. Derartige Veränderungen haben wir aber in den letzten Jahren mehrere gehabt. Ich verweise nur auf die drei Etappen der Entnivellierung und ferner auf die Auswirkung des neuen Lohn- und Gehaltsgesetzes. Der gesamte Personalaufwand bei den Verkehrsbetrieben ist (laut Abschlußziffer pro 1955) von 594,341.000 S auf 698.990 S, das ist um

104,649.000 S, gestiegen. Die Gesamtaufwendungen der Wiener Verkehrsbetriebe in den verglichenen Zeiträumen sind von 890,313.000 S auf 1,003.570.000 S, das ist um 113.257.000 S, höher, geworden. Das heißt also, daß die Erhöhung des Aufwandes nahezu zur Gänze auf den Personalaufwand entfällt.

Wenn man die Voranschläge der Wiener Stadtwerke von 1956 und 1957 miteinander vergleicht, so kommt man zu folgendem Bild: Der Personalaufwand steigt um 192,6 Millionen Schilling, der gesamte Aufwand um 377,3 Millionen. Die Erträge der Stadtwerke erhöhen sich bloß um 114,9 Millionen. Aus der Differenz zwischen Aufwand und Erträgen ergibt sich nun, daß der Verlust um 262,3 Millionen steigt.

Ein Hundertmillionen-Kredit für Verkehrsbetriebe

Die Aufwendungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben selbst betragen 1.003 Millionen Schilling, die Erträge machen 809 Millionen aus, sodaß sich ein Abgang von 193,6 Millionen ergibt. Selbst wenn man nur den Baraufwand rechnet, der 839,7 Millionen ausmacht, und den Barertrag von 809 Millionen, so bleibt noch immer ein Abgang von 29,8 Millionen Schilling. Um diesen Abgang zu decken, ist im Voranschlag die Aufnahme eines Hundertmillionen-Kredites notwendig. Dieser Kredit soll neben der Deckung des Abganges auch die Anleiheverpflichtungen decken und für Investition herangezogen werden.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben erhöht sich der gesamte Personalaufwand um 20.74 Prozent, die Abschreibungen um 17.29 Prozent, wobei hinzugefügt werden muß, daß die Abschreibungen pro 1956 zu niedrig angesetzt worden waren, der sonstige Aufwand erfährt eine Verminderung um 3.11 Prozent. Der gesamte Aufwand erhöht sich um 132,8 Millionen, das sind 15.26 Prozent. Auf der anderen Seite vermindert sich jedoch der Ertrag gegenüber der Annahme pro 1956 um 30,9 Millionen, das sind 3.68 Prozent.

In dieser Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Aufwandes, verursacht besonders durch den erhöhten Personalaufwand, bzw. durch erhöhte Abschreibungen, und der Abwärtsentwicklung der Einnahmen, liegt die ganze Tragik der Gebarung der Wiener Verkehrsbetriebe.

Eine Reihe von Vorschlägen

Selbstverständlich wird es primär die Aufgabe des Unternehmens sein, geeignete Vorschläge zu präsentieren, wie der Abgang reduziert und die Gebarung verbessert werden könnte. Eine Reihe von Vorschlägen warten bereits auf das Studium, bzw. auf die Überprüfung ihrer Durchführbarkeit, wie zum Beispiel: Erweiterung des Einmann-Systems im Autobusbetrieb und eventuelle Anwendung auf den Straßenbahnbetrieb; Führung von Stadtbahnzügen mit einem Mann; Erhöhung der Reisegeschwindigkeiten; Rationalisierung der Werkstättenarbeit des Wagenrevisions-, Bahnaufsichts- und Bahnerhaltungsdienstes; Vergebung von Arbeiten an fremde Firmen; Überprüfung der Beitragspflicht bei baulichen Veränderungen an Straßen und Brücken; Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltung; Reform des Zulagensystems zwecks Vereinfachung der Gehaltsverrechnung; Refundierung der gewährten Tarifbegünstigungen; Maßnahmen zur Erhöhung der Frequenz; Vereinfachung des Tarifsystems" Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der bestehenden Linienführungen; Überprüfung der Wirtschaftlichkeit eines Ersatzes der Straßenbahn durch Autobusse; Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Erweiterungen, bzw. Ergänzungen des bestehenden Stadtbahnnetzes; Untersuchungen über die Durchführbarkeit einer Arbeitszeitstaffelung für die Berufstätigen.

Fachleute des Unternehmens und ein zu diesem Zweck einzurichtendes Studienbüro werden sich mit allen diesen Maßnahmen zu beschäftigen haben.

Studium der Untergrundbahn

Im Zusammenhang mit der nach wie vor ansteigenden Motorisierung bleibt vor allem die Frage der Schaffung eines Untergrundbahnsystems nach wie vor höchst aktuell.

Man muß schon jetzt zumindestens mit der Planung eines kommenden Untergrundbahnsystems beginnen. Nach dem Urteil von ausländischen Fachleuten werden mit einer weiteren Verschärfung der Verkehrslage in den einzelnen Städten die Schwierigkeiten fast quadratisch steigen, mit denen der Bau einer Untergrundbahn zu rechnen haben wird. Stellen Sie sich vor, wenn die Mariahilfer Straße durch einen längeren Zeitraum infolge des Öffnens der Baugrube stillgelegt werden müßte und die vorhandenen Ersatzstraßen den intensivierten Verkehr nicht mehr aufnehmen könnten. Eine Planung der Untergrundbahn kostet noch nicht viel Geld, sie kann von Ingenieuren des Stadtbauamtes im Verein mit Fachleuten der Wiener Verkehrsbetriebe durchgeführt werden, ähnlich wie es auch in anderen Großstädten, zum Beispiel in Hamburg, der Fall ist, wo ein Stab von 12 Leuten mit der Durchführung des weiteren Ausbaues des dortigen U-Bahnnetzes befaßt ist.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigt sich sodann mit der Wiener Straßenverkehrsenquête und stellt fest, daß sie bisher nur wenig greifbare Resultate gezeitigt habe. Wenn man bei uns die Verkehrsverhältnisse so bagatellisiert, sagte er, dann darf man sich später einmal nicht wundern, wenn der Großstadtverkehr von Wien einfach nicht mehr gemeistert werden kann und eine noch nie dagewesene Verkehrsmisere zum Dauerzustand geworden sein wird. Er verweist dann auf Beispiele einiger größeren und kleineren Städte Europas, die seiner Meinung nach gezeigt haben, wie man fortschrittlich zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrs beitragen kann. Er erklärt, daß die Wiener Verkehrsbetriebe unter dem Druck, unter dem sie im Jahre 1957 zu arbeiten gezwungen sein werden, auf die Dauer nicht zu agieren verpflichtet werden können, und daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, um auch den Wiener Verkehrsbetrieben die Luft zum Atmen zu geben.

1.543 Straßenbahnwagen sind heizbar

Obwohl sich die Verhältnisse der Wiener Verkehrsbetriebe bereits im laufenden Jahr hauptsächlich infolge der gestiegenen Aufwendungen für Löhne und Gehälter zum Schlechteren gewendet hatten, konnte doch teils mit Hilfe der anderen drei Unternehmungen der Wiener Stadtwerke, aber auch mit Hilfe eines Kredites in Höhe von 55 Millionen Schilling erreicht werden, daß im Jahre 1956 11 weitere Großraumzüge, 18 umgebaute Stadtbahntriebwagen, 27 umgebaute Stadtbahnbeiwagen, ferner 14 Großraumbeiwagen und 26 Triebwagen in den Dienst gestellt werden konnten. Es handelt sich um insgesamt 107 neue, bzw. ^{total} umgebaute Wagen. Im Zusammenhang weist er darauf hin, daß seit 1945 der Wagenpark der Wiener Verkehrsbetriebe um insgesamt 797 Fahrzeuge vermehrt wurde. Ende November 1956 sind von den insgesamt 2.500 betriebstauglichen Wagen bereits 1.543 heizbar.

Das Fünfjahr-Investitionsprogramm

Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem fünfjährigen Investitionsprogramm, das durch Kredite gedeckt werden soll, weil die aus laufenden Einnahmen gedeckten Abschreibungen und langfristigen Rückstellungen dazu nicht ausreichend sind. Nach diesem Fünfjahr-Investitionsprogramm in der Höhe von rund 2.2 Milliarden Schilling sollen 1.490 Millionen Schilling auf die Wiener Verkehrsbetriebe entfallen, 130 Millionen Schilling auf die Gaswerke und 690 Millionen Schilling auf die Wiener Elektrizitätswerke.

Kreditverhandlungen ohne Erfolg

Er gab dann einen Überblick darüber, für welche Zwecke diese Kreditmittel verwendet werden sollen. Im Zusammenhang erwähnte er die mit Schweizer Bankexperten geführten Besprechungen, die, wie er sagte, nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt haben, weil sie zu spät erfolgt sind.

An Stelle einer Kapitalfülle, die noch im vorigen Jahr vorhanden gewesen ist, ist ein effektiver Kapitalmangel getreten. Dessen ungeachtet plädiere er für die Aufrechterhaltung des Kontaktes mit den Schweizerischen Bankkreisen und die Verwertung jeder sich bietenden Möglichkeit, um zusätzlich ausländisches Kapital für die Verwirklichung einmaliger großer Projekte der Wiener Stadtwerke einzusetzen. Stadtrat Nathschläger meint, man müßte daneben auch den österreichischen Kapitalmarkt heranziehen. Anschließend stellte er mit Befriedigung fest, daß soeben zwei weitere Wohnbauprojekte mit 100 Wohnungen für Bedienstete der Wiener Stadtwerke in Angriff genommen werden können.

Der neue Leistungsplan

Im weiteren beschäftigt er sich mit den Produktions-, bzw. Leistungsannahmen der Wiener Stadtwerke im kommenden Jahr. Die E-Werke rechnen mit einem Stromverkauf von 1.345,4 Millionen Kilowatt gegen 1.208,6 Millionen Kilowatt laut Ansatz für das vergangene Jahr. Der Stromverbrauch erhöht sich somit gegenüber dem Jahre 1956 neuerlich um 11,34 Prozent.

Die Gaswerke rechnen mit einem Absatz von 503,3 Millionen Kubikmeter gegen 454,8 Millionen Kubikmeter laut Erfolgsplan 1956, das ist um 10,66 Prozent mehr. Der Erdgasverbrauch steigt hierbei neuerlich, und zwar von 188,2 Millionen Kubikmeter auf 206,7 Millionen Kubikmeter. In diesem Zusammenhang verwies er auf die ständig steigenden Kohlenpreise und bezweifelte, daß durch die weltpolitischen Ereignisse der letzten Zeit der angenommene Durchschnittspreis von 697,67 Schilling pro Tonne zu halten sein wird. Trotz vermindertem Einsatz von Kohle wird sich aber der Verkauf von Koks gegen den Voranschlag 1956 geringfügig erhöhen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe rechnen im Ansatz 1957 mit einer Gesamtfrequenz von 512,4 Millionen Fahrgästen gegenüber einem Ansatz von 525,4 Millionen Fahrgästen im Jahre 1956 und einer effektiv erreichten Frequenz von 540,5 Millionen Fahrgästen im Jahre 1955. Er verweist auf die ständige Abwärts-

bewegung der Frequenz, die lediglich beim Obusverkehr ungefähr die gleiche geblieben ist. Er verweist weiters darauf, daß hinsichtlich der Frequenz auf der Straßenbahn und Stadtbahn die Annahmen für 1956 mit 490 Millionen Fahrgästen etwas zu optimistisch war. In Wirklichkeit könne man infolge des Abfalles einer gewissen Anzahl von Fahrgästen mit 476 Millionen Fahrgästen rechnen.

Die Städtische Bestattung präliminiert für das nächste Jahr 25.000 eigene Bestattungsfälle, 200 Teilleistungen für Privatbestatter und 900 Bestattungen für Mittellose.

Das Brauhaus der Stadt Wien schätzt seine Biererzeugung im kommenden Jahr auf 152.000 Hektoliter. Es darf angenommen werden, daß sich der Verkauf der Drittelliter-Bierflasche günstig auf den Umsatz auswirken wird. Durch die Modernisierung der Mälzerei ist das Brauhaus der Stadt Wien nun in der Lage, noch etwa 20.000 Doppelzentner an Lohnaufträgen von anderen Brauereien entgegenzunehmen.

Die Gewista ist nach wie vor gut beschäftigt, obwohl durch den ständigen Rückgang von Plakatierungsflächen durch die Verbauung von Baulücken wertvolle Reklameobjekte eingebüßt wurden.

Die präliminierten Ergebnisse für das Jahr 1957 sind bei den einzelnen Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke, bzw. beim Brauhaus der Stadt Wien und bei der Gewista folgende: E-Werke 67,038.000 Schilling, Gas-Werke 54,400.000 Schilling, Verkehrsbetriebe 193,670.000 Schilling, Bestattung 332.000 Schilling, Brauhaus 253.000 Schilling, Gewista 162.900 Schilling alle Unternehmungen zusammen 314,360.100 Schilling.

Die Aufwendungen der Wiener Stadtwerke betragen insgesamt 2.819,042.000 Schilling und die Erträge 2,504,266.000 Schilling. Die Aufwendungen sind gegenüber dem Voranschlag 1956 um 15.45 Prozent gestiegen, während die Erträge nur eine Steigerung um 4.81 Prozent mitgemacht haben. Beim Brauhaus der Stadt Wien steigen die Aufwendungen um 8.86 Prozent, die Erträge um 8.77 Prozent und bei der Gewista erhöhen sich die Aufwendungen um 11.20 Prozent und die Erträge um 10.12 Prozent.

Größere Wagenreparaturen an Privatwirtschaft

Die Gesamtzahl der aktiven Bediensteten bei den Wiener Stadtwerken vermindert sich um insgesamt 500 Personen, bei der Gewista um vier und erhöht sich beim Brauhaus der Stadt Wien um 12 Personen. Allein bei den Verkehrsbetrieben verringert sich die Zahl der Bediensteten um 403, jedoch nicht durch einen Abbau, sondern durch geringere Aufnahmen. Eine derartige Verringerung ist durch den steigenden Einsatz von Großraumwagen möglich und auch dadurch, daß ein Teil der anfallenden großen Reparaturen in Hinkunft zu vielleicht günstigeren Bedingungen an die Privatwirtschaft abgegeben werden soll. Dies soll als Ausgleich für unterbliebene neue Waggonbestellungen erfolgen. Infolge der gesunkenen Frequenz werden auch einige Einschränkungen im Verkehr vorgenommen werden. Die Zahl der Pensionisten erhöht sich bei allen sechs Unternehmungen um insgesamt 577. Insgesamt werden im Jahr 1957 20.435 Beschäftigten 19.351 Pensionsparteien gegenüberstehen. Gemäß dem Jugendeinstellungsgesetz sind bei den Unternehmungen insgesamt 363 Jugendliche beschäftigt. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben entfallen auf 12.774 Aktive 13.393 Pensionsfälle.

Für Investitionen sind bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 297,3 Millionen veranschlagt, beim Brauhaus 3,1 Millionen und bei der Gewista 397.800 Schilling. Es handelt sich hierbei um sogenannte freie Investitionen, die durch Sperrn nicht beeinträchtigt erscheinen. 1956 hat das Gesamtvolumen der Investitionen bei den Wiener Stadtwerken 449,6 Millionen betragen, beim Brauhaus 2,7 Millionen und bei der Gewista 454.100 Schilling.

Bei den E-Werken tritt zum Unterschied von 1956 bei den freien Investitionen eine Beteiligung an den Donaukraftwerken nicht mehr auf. Der Bau des Umspannwerkes Kaunitzgasse und jener des Umspannwerkes in der Neubaugasse wird fortgesetzt. Beim E-Werk weisen die Investitionen eine halbwegs befriedigende

Entwicklung auf. Gemessen am steigenden Stromkonsum und den damit verbundenen Mehraufwänden sind sie jedoch viel zu gering.

Bei den Gaswerken werden die Investitionen im Gaswerk Simmering mit 9,3 Millionen angesetzt, im Gaswerk Leopoldau mit 23,9 Millionen. Für das Straßenrohrnetz sind 19,5 Millionen und für Gasmesser 9,5 Millionen vorgesehen.

Katastrophal wirkt sich die Investitionskürzung bei den Wiener Verkehrsbetrieben aus. Bei der Straßenbahn sind um 79,5 Millionen, bei der Stadtbahn um 26,8 Millionen und beim Autobusbetrieb um 6,9 Millionen weniger angesetzt. Für den Fahrpark können bei den beschränkten Mitteln nur 21,8 Millionen bei der Straßenbahn budgetiert werden. Für den Fahrpark der Stadtbahn konnte nichts eingesetzt werden. Da aus dem heutigen Jahr eine Reihe von Bestellungen bei den Waggonfabriken Liefermäßig noch in das Jahr 1957 hineinreicht, werden noch 29 Großraumzüge, 9 Großraum-Beiwagen, 37 umgebaute Triebwagen und ein Gelenkzug geliefert werden; bei der Stadtbahn handelt es sich um 20 Wagen. Vorderhand ist allerdings die Finanzierung dieser Wagen noch nicht gesichert, doch ist zu hoffen, daß die Lieferungen mit Hilfe von Krediten getätigt werden können. Neue Bestellungen, die für die Waggonfabriken im Hinblick auf die langen Materiallieferzeiten von größtem Interesse wären, können derzeit nicht erteilt werden. Leider tritt dadurch in der Serienfertigung eine Lücke auf, die für die Lieferanten, aber vor allem für die Verkehrsbetriebe und die Bevölkerung selbst unangenehm sein wird.

Die Städtische Bestattung verwendet die ihr zur Verfügung stehenden drei Millionen für bauliche Herstellungen, Maschinen und maschinelle Anlagen, die Anschaffung von Aufbahrungsgegenständen und neuen Trägeruniformen.

Das Brauhaus der Stadt Wien präliminiert für drei neue Lastkraftwagen 330.000 Schilling, für Transportgebäude einschließlich der Investitionen für die Drittelliter-Flasche 1,580.000 Schilling, für die Ausstattung von eigenen Geschäften 85.000 Schilling und für die Ausstattung von Gaststätten 400.000 Schilling.

Die Gewista hat schließlich eine Reihe von Investitionen im Zusammenhang mit einem Lagerplatz, den sie hoffentlich im Jahre 1957 an Stelle des alten aufgekündigten bekommen wird, ferner wie immer für die Neuanschaffung von Reklametafeln, für Geräte, Schreibmaschinen und sonstige Einrichtungen.

Außer den freien Investitionen in der Höhe von 300,8 Millionen Schilling haben die sechs Unternehmungen noch einen Sachaufwand in der Höhe von 1.344,8 Millionen Schilling, sodaß der Sachaufwand und die Investitionen insgesamt eine Summe von 1.645,6 Millionen Schilling erreichen. Dem gegenüber weist die Hoheitsverwaltung eine Gesamtvolumen von Sachaufwand und Investitionen von 2.634 Millionen Schilling auf.

Der Anleihendienstplan sieht insgesamt für die Tilgung der Anleihen und Kredite 10,2 Millionen Schilling vor.

Der Finanzplan sieht ein Gelderfordernis von 855,418.000 Schilling vor und weist eine Geldbedeckung von 670,791.000 Schilling auf, wobei aufmerksam gemacht wird, daß in dieser Geldgebarung der Kredit von 100 Millionen eingebaut ist. Es verbleibt ein unbedecktes Gelderfordernis von 184,6 Millionen, das durch vorläufige Sperre des Erfordernisses des Investitionsplanes 1957 auszugleichen ist.

Die Verantwortung

Abschließend führte Stadtrat Dkfm. Nathschläger aus: Der Gesamteindruck der referierten Budgets der sechs Unternehmungen ist zweifellos nicht mehr so optimistisch wie er in den vergangenen Jahren noch sein konnte. Wenngleich auch die E- und Gaswerke im Einklang mit der für das Jahr 1957 weiterhin angenommenen Konjunktur noch verhältnismäßig günstig abschließen, so ist doch die Situation bei den Verkehrsbetrieben, wie ich schon eingangs meiner Ausführungen darlegte, eine mehr als ungünstige. Hier einen einzelnen dafür verantwortlich zu machen, ist angesichts der Veränderungen auf der Aufwandseite, für die ich nicht allein verantwortlich zeichne, vollkommen abwegig. Es wird daher der Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien des Hauses bedürfen, um auch in diesem Zusammenhange zu einer tragbaren Lösung sowohl für das Unternehmen als auch für die Bevölkerung zu kommen. Dabei verantwortungsbewußt mitzuwirken werde ich nicht ablehnen, ersuche aber

auch die anderen kompetenten Stellen, das Ihre dazu beitragen. Nur in der gemeinsamen Zusammenarbeit der beiden Parteien dieses Hauses kann der Erfolg für die Zukunft liegen. Deshalb bekräftige ich wie im vergangenen Jahr auch heuer mein ehrliches Bekenntnis zur Koalition und bin darüber hinaus der Meinung, daß es um die Belange der Wiener Stadtverwaltung umso besser bestellt sein wird, je besser diese Koalition funktioniert!

Stadtrat Dkfm. Nathschläger dankt sodann allen Mitarbeitern, den Arbeitern wie den Ingenieuren, herzlichst für die geleistete Arbeit und bittet sie um die Unterstützung bei der Lösung sicherlich schwierigster Aufgaben im kommenden Jahr. Er dankt auch den Mitgliedern seines Gemeinderatsausschusses, die heuer im steigenden Ausmaß mit den Geschehnissen innerhalb der Werke vertraut gemacht wurden und deren Rat und Mithilfe er auch in Zukunft gerne einholen und benützen werde. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Der Referent stellt den Antrag, den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1957 zu genehmigen und den Fehlbetrag des Finanzplanes von 184,627.000 Schilling durch eine vorläufige Sperre von Posten des Investitionsplanes in der gleichen Höhe auszugleichen. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen ist zu ermächtigen, die Sperre der Investitionen ganz oder teilweise aufzuheben; ferner ist den Stadtwerken die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 100 Millionen Schilling zu genehmigen. Für das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista stellt er den Antrag auf Genehmigung der Wirtschaftspläne.

Debatte über die Unternehmungen

GR. Maller (VO): Der diesjährige Erfolgsplan der Stadtwerke bestätigt aufs neue unsere Feststellungen: die Stadtwerke sind in Wirklichkeit hoch aktiv, es wird nur ein künstlicher Abgang konstruiert, um zu verschleiern, daß die Benützer der Wiener Straßenbahn, die Strom- und Gasabnehmer den normalen Aufwand des Betriebes decken.

Die Gas- und E-Werke und die Verkehrsbetriebe erhalten sich aber nicht nur selbst, sie führen darüber hinaus Millionenbeträge an die Stadtkasse in Form von Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren ab. Die Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde Wien den Gas- und E-Werken das Geld überlassen muß, das sie verdienen, damit sie diese Gelder zur Vergrößerung und Modernisierung der Betriebe im Interesse der Wiener Bevölkerung verwenden.

Was die E-Werke betrifft, sind sie, wenn ihre Kapazität nicht gehoben wird, gezwungen, den Mehrbedarf durch Lieferungen der Verbundgesellschaft zu decken. Dann aber besteht die Gefahr von Rückwirkungen auf die Strompreise. Die Stadtwerke und der Stadtrat müssen daher alles tun, um eine Erhöhung der Strompreise zu vermeiden.

Weiter muß alles in Bewegung gesetzt werden, um den benötigten Strom den Konsumenten auch zuführen zu können. Wir verfügen wohl über die ausreichende Energiemenge, aber die Elektrizitätswerke sind nicht imstande, sie im erforderlichen Umfang an die Verbraucher zu verteilen. Das Wiener Kabelnetz ist veraltet und kann die anfallenden Energiemengen einfach nicht mehr verarbeiten. Dazu kommt, daß die Umschaltung viel zu schleppend vor sich geht. Dem Ausbau des Kabelnetzes muß daher mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher. Die E-Werke führen 18,5 Millionen an Gebrauchsgebühren an die Gemeindkasse ab, wofür die Gemeinde Wien nichts leistet. Der Stadtrat möge alles tun, damit diese Praxis abgestellt wird.

Auch beim Gaswerk führen wir den Kampf gegen die Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren, und wir sind davon überzeugt, daß es uns eines Tages gelingen wird, daß diese unsozialen Gebühren aufgehoben werden, denn diese Gelder werden für wichtige Investitionen, wie den Ausbau der Rohrleitungen gebraucht. Das Erdgas ist für uns das billigste Heizmaterial, es kann aber niemand mit ruhigem Gewissen feststellen, daß die Erdgasvorkommen auch tatsächlich zum Wohle der Bevölkerung unserer Stadt ausgenützt wurden. Auf keinen Fall dürfen die Gaswerke und damit die Wiener Bevölkerung zu einem Ausbeutungsobjekt der NIOGAS werden.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß eine Verbilligung der Strom- und Gastarife möglich ist.

Die Ansätze des Investitionsplanes für die Verkehrsbetriebe kann man in einem Satz zusammenfassen: Es bleibt beim Alten. Verbesserungen sind hieramts nicht vorgesehen. Es ist nur zu hoffen, daß der Kredit von 100 Millionen Schilling, den die Generaldirektion beantragt, für arbeitsschaffende Investitionen verwendet wird. Redner stellt einige Anträge. So verlangt er, daß der gesamte für sozial-hygienische Einrichtungen vorgesehene Betrag von 3,9 Millionen freigegeben wird und nicht 2,9 Millionen gesperrt werden. Weiter fordert er die Einführung des Kurzstreckentarifes. Den Linien 16, 25 und 317 soll besonders Augenmerk zugewendet werden und in Zeiten gesteigerten Friedhofsverkehrs soll die Bundesbahn zur Entlastung der Straßenbahn einige Züge einschieben, zum Beispiel vom Hauptzollamt zum Zentralfriedhof. Die endgültige Lösung des Verkehrsproblems könne aber nur die U-Bahn bringen, und hier muß der Stadtrat bei seinem Parteifreund Finanzminister Dr. Kamitz die Initiative ergreifen, damit der Bund Wien die notwendige Hilfe zuteil werden läßt.

GR. Maller beantragt weiter die Einführung von einigen Autobuslinien im 23. Bezirk sowie Autobusse anstatt des 13-Wagens. In drei Beschluß- und Resolutionsanträgen verlangt er die Verlängerungen der 16-Linie nach Aspern und der 61-Linie bis zum Tivoli sowie die Erweiterung der Fahrberechtigungsausweise für Kriminalbeamte für den Autobusverkehr. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XII die Zustimmung nicht geben wird.

GR. Schwaiger (ÖVP) knüpft an den Bericht von Stadtrat Dkfm. Nathschläger an und stellt fest, daß der Gesamtabgang der Städtischen Unternehmungen von mehr als 300 Millionen Schilling jeden mit Sorge erfüllen müsse. Als Hauptursachen der schlechten Finanzlage bei den Städtischen Unternehmungen bezeichnet er das neue Gehaltsgesetz, das prunghafte Ansteigen der Abschreibungen sowie die Steigerung des Sachaufwandes. Durch die Auswirkungen des Gehaltsgesetzes ergibt sich bei den Städtischen Unternehmungen eine Mehrbelastung von 192 Millionen Schilling. Trotzdem, erklärt der Redner, freuen wir uns, daß die Lohnforderungen der Gemeindebediensteten erfüllt wurden.

Dem fügt er hinzu, daß es nun unbedingt notwendig sein wird, jede Möglichkeit, die auf eine Personalersparnis und Rationalisierung hinzielt, aufzugreifen und erschöpfend zu behandeln. In diesem Zusammenhang bedauert er, daß GR. Schiller als leitender Funktionär der Gewerkschaft nicht dem Gemeinderatsausschuß für Städtische Unternehmungen angehört. Die Abschreibungen, die im kommenden Jahr bei den Städtischen Unternehmungen 420 Millionen betragen werden, bezeichnet er als eine arge Belastung, die schwer ins Gewicht fällt. Er kommt dann auf die letzten Tarifierhöhungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben zu sprechen und erklärt, man sehe heute klar und deutlich, wie falsch diese Maßnahme war. Durch die gleichzeitig beschlossene Aufhebung der Grundgebühren bei den E-Werken und Gaswerken habe man auf 103 Millionen Schilling Einnahmen verzichtet, die erwartete Erhöhung der Einnahmen bei den Verkehrsbetrieben konnten aber nicht erzielt werden. Der Redner erklärt, daß selbst die geringen Mehreinnahmen von nur 30 Millionen Schilling als eine Scheineinnahme gelten müsse. Die Steigerung des Sachaufwandes ist wiederum auf die Tarifierhöhung zurückzuführen, da die auf dem Preissektor entstandene Unruhe sich auch auf die Sachaufwände der Gemeinde Wien auswirkte.

Die Mehrheitspartei, fuhr der Redner fort, nimmt einen anderen Standpunkt in der Finanzpolitik der Hoheitsverwaltung und einen anderen für Finanzangelegenheiten auf dem Sektor der Städtischen Unternehmungen ein. Dort habe Stadtrat Resch nämlich jede Reservebildung unterbunden. GR. Schwaiger rechnet vor, daß die Städtischen Unternehmungen seit 1945 rund 375 Millionen Schilling an die Hoheitsverwaltung abgegeben haben, was ungefähr die Hälfte der derzeitigen Rücklagen der Gemeinde Wien darstellt. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen erklärt der Redner, daß seine Fraktion auch den Verkehrsbetrieben angemessene Tarife zubilligt, doch dürfe die Bedeutung der Tarife für jeden Wiener Haushalt nicht außer acht gelassen werden.

Seine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Ausgaben der städtischen Unternehmungen einer genauen Perlustrierung unterzogen werden müssen. In einem Rückblick auf die Lage der städtischen Unternehmungen unter Lueger vergleicht er die damaligen Wegebenützungs- und Gebrauchsgebühren mit denen der Gegenwart und kommt zum Schluß, daß heutzutage die städtischen Unternehmungen schlechter abschneiden. Unter anderem führt er als Beispiel die Stromkosten an, die dem E-Werk für die öffentliche Beleuchtung vergütet werden und die nur einen Bruchteil der Selbstkosten ausmachen.

Auch die Tarifbegünstigungen hätten einen bedeutenden Einfluß auf das Defizit der Verkehrsbetriebe. Man müsse hier zwei Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe ist jene, die zur Gänze von den Verkehrsbetrieben getragen werden müsse. Es sind dies die Legitimationen für 7.700 Schwerkriegsbeschädigte, 1.300 Ausweise für Opferbefürsorgte, 3 Millionen Fahrscheine jährlich für Arbeitslose, 10.117 Fahrtberechtigungsausweise für Polizei und Gendarmerie, 223.430 Jugendfürsorgefahrscheine, 1.591 Freikarten für Zivilinvaliden, 99.000 kostenlose Rückfahrscheine für Begleitpersonen für gebrechliche Kinder, 820 Jahresfreikarten für Gemeindefunktionäre und schließlich ermäßigte Fahrten für 3.358 Fürsorgefälle. Die Gesamtsumme dieser Fahrpreisbegünstigungen betragen im Jahr mehr als 60 Millionen Schilling. Es soll nicht die Berechtigung für diese Begünstigung angezweifelt werden, es sei aber klar, daß die Kosten für diese Ermäßigungen nicht die Verkehrsbetriebe allein tragen können. Wenn die Stadt Wien den Polizisten eine Fahrpreisermäßigung auf den städtischen Verkehrsmitteln gewährt, dann hat sie auch die Kosten dafür zu tragen. Zu der zweiten Gruppe gehören die verlautbarten Tarifiermäßigungen wie Wochenkarten, Schüler- und Kinderfahrscheine. Aus diesen Ermäßigungen erwachsen Mindereinnahmen von 196,7 Millionen Schilling. Auch hier sollen diese Begünstigungen nicht angezweifelt werden, kommen sie ja gerade den Minderbemittelten zugute, die ja auch von der Tarifregulierung im Jahre 1955 am meisten betroffen wurden. (Beifall bei der ÖVP.) Diesen Personenkreis habe die Fahrpreiserhöhung besonders hart getroffen, denn die Ermäßigung der Gas- und Stromgrundgebühren habe für sie keinen Ausgleich hergestellt. Es erhebt sich nun die Frage, wer diesen ungeheuer großen Einnahmehintergang

der Verkehrsbetriebe zu tragen hat. Nach Ansicht der Mehrheitspartei in diesem Hause sei dies Sache der Verkehrsbetriebe. GR. Schwaiger stellt fest, daß seine Fraktion hier einen ganz anderen Standpunkt einnehme, werde doch zum Beispiel auch der Abgang der Bäder und der Wasserwerke, die in anderen Städten gleichfalls den Stadtwerken angeschlossen sind, in Wien von der Hoheitsverwaltung gedeckt. Beide Einrichtungen, also Bäder und Wasserwerke, haben auf Grund ihrer sozialen Tarife ein Defizit von 100 und 84 Millionen Schilling. Kein Redner hat aber nur mit einem Wort verlangt, daß dieses Defizit von den beiden Einrichtungen selbst getragen wird.

Auch auf einem anderen Sektor, bei den Österreichischen Bundesbahnen, tragen diese nicht ihr Defizit, sondern der Finanzminister gibt ihnen jährlich rund zwei Milliarden. Es müßte überlegt werden, ob etwas, das bei den Bundesbahnen, bei den Wasserwerken und den Bädern der Fall ist, nicht auch teilweise bei den Verkehrsbetrieben möglich wäre. Auch die Gebrauchs- und Wegebenutzungsgebühren sind eine ungeheure und ungerechtfertigte Belastung. Selbstverständlich stehe seine Fraktion auf dem Standpunkt, daß auch die Städtischen Unternehmungen zur Deckung der sozialen Tarife beizutragen haben soweit sie können. Es ist aber unmöglich, alles auf die Städtischen Unternehmungen abzuwälzen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß nach eingehenden Verhandlungen auch hier eine Lösung gefunden wird. Alte Forderungen, wie Einführung eines Kurzstreckentarifes, Austausch der Straßenbahn gegen Autobusse, Einführung einer zweiten Verkehrsebene usw. wolle er heute nicht wiederholen. Bezüglich der wirtschaftlichen Situation bei den Unternehmungen solle man nicht immer wieder versuchen, die Verantwortung für das Defizit dem zuständigen Stadtrat und damit der Österreichischen Volkspartei anzulasten.

Über all diesen Betrachtungen soll man aber nicht die großen Leistungen der Städtischen Unternehmungen, die seit 1945 erbracht wurden, übersehen. Für laufende Investitionen wurden bis 1955 bei den E-Werken über eine Milliarde Schilling, bei den Gaswerken 400 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben über 500 Millionen investiert.

Für die Behebung der Kriegsschäden waren bei allen drei Unternehmungen rund 330 Millionen erforderlich. Wenn man die Ansätze des Budgets von 1956 und 1957 dazurechnet, kommt man zur gigantischen Summe von drei Milliarden, die seit 1945 in den städtischen Unternehmungen investiert wurden. Darüber hinaus wurden an Gebühren mehr als 430 Millionen an die Hoheitsverwaltung abgeführt. Diese Zahlen geben ein eindrucksvolles Bild von der großen Leistung, die auf diesem Sektor erbracht wurde.

Abschließend stellt GR. Schwaiger fest, daß die ernste Lage der Unternehmungen nur in gemeinsamer Zusammenarbeit gemeistert werden kann im Interesse der Bewohner dieser Stadt.

GR. Liwanec (SPÖ) meint, wenn die Vorschläge der ÖVP zur Sanierung der Stadtwerke das einzige sind, was die Volkspartei auf wirtschaftlichem Gebiet zu leisten imstande ist, so werde man die Betriebe nicht sanieren können. Woher solle man die 300 Millionen Schilling nehmen, die die ÖVP zur Subventionierung der Straßenbahn verlangt? Solle man keine Wohnungen mehr bauen, keine Straßen herrichten, die Fürsorge und die Spitalverwaltung unmöglich machen? Wenn diese 300 Millionen Schilling von der Hoheitsverwaltung zur Stützung der Tarife verlangt werden, müßten sie vom Investitionssektor weggenommen werden. Dadurch würde aber Arbeitslosigkeit entstehen.

In allen Reden der ÖVP-Gemeinderäte während der Budgetdebatte habe er vermißt, fuhr GR. Liwanec fort, daß sie vom Finanzminister verlangt hätten, er möge das Seine dazu beitragen, um Wien nicht weiter zu schädigen. Der Redner verspricht jedem ÖVP-Mandatar 10.000 Schilling, wenn er nachweist, daß er nur ein Wort gesagt hat, das positiv für die Gemeindeverwaltung aufzufassen war.

Wenn man schon von unberechtigten Belastungen der Verkehrsbetriebe gesprochen habe, warum wurde dann nicht auch gesagt, daß diese Verkehrsbetriebe seit 1945 68 Millionen Schilling für Bundessteuern bezahlt haben. Die Verkehrsbetriebe wurden

Die Verkehrsbetriebe wurden auch mit der Bundesbahn verglichen. Dort verlangt die ÖVP, daß das Defizit abgebaut werde, in Wien aber nicht.

GR. Liwanec greift dann die Haltung der ÖVP Gemeinderäte während der Budgetdebatte an, die, wie er sagt, die anderen Diskussionsredner lächerlich gemacht haben. Die Gesichter der ÖVP-Gemeinderäte wären dabei eine Mischung aus Orson Welles und Adele Sandrock mit einem Schuß Frankenstein gewesen. Das offene und ehrliche Wort eines Mannes oder einer Frau aus dem Volk hätte aber mehr Gehalt als die geschliffene Rede eines Akademikers, hinter dessen Fassade ein leerer Raum gähnt. Die Bevölkerung, die die ÖVP vorgibt hier zu vertreten, wäre abgestoßen, wenn sie ihre Gemeinderäte hier sehen könnte.

Es wurde auch die Verantwortung von Stadtrat Dkfm. Nathschläger bestritten. Das würde heißen, man brauchte ja eigentlich gar nicht so viele Stadträte, der Finanzreferent könnte doch alles erledigen. Die ÖVP müsse sich aber darüber klar werden, daß jeder Stadtrat selbstverständlich in seinem Ressort Entscheidungen treffen kann. Der Redner unterstreicht, daß die Verantwortung in den Verwaltungsgruppen der jeweilige Amtsführende Stadtrat trägt.

Zu der Diskussion über die U-Bahn sagte GR. Liwanec, man vergißt bei den Vergleichen mit anderen Städten, daß es dort keine Stadtbahn gibt. Ferner wird in Wien die Schnellbahn der ÖBB gebaut. Die ÖVP will alles sofort und auf einmal. Aber bei der Verkehrsenquete wurde in mehreren Empfehlungen gesagt, daß unter den gegebenen Umständen der Bau der U-Bahn in Wien noch nicht notwendig sei. Man müsse sich auch darüber klar werden, was der U-Bahnbau die Bevölkerung kosten würde. Bei einem Netz von nur 40 Kilometern wären es sieben Milliarden Schilling. Man müßte ferner davon sprechen, ob die Bevölkerung den Fahrpreis für die neue U-Bahn bezahlen könnte. Mit der Straßenbahnfahrkarte wird man auf die U-Bahn nicht umsteigen können. Aber darüber spricht die ÖVP nicht, sie fordert nur.

GR. Liwanec beschäftigt sich dann wieder mit den Stadtwerken und weist darauf hin, daß in Wien der niedrigste Gaspreis in Europa besteht und der Strompreis noch niedriger ist. Er fragt dabei, warum die ÖVP-Redner nicht darauf hingewiesen hätten. Was haben sie überhaupt für Wien getan? (GR. Schwaiger, ÖVP "Das wissen Sie nicht, Sie sind noch zu jung im Gemeinderat).. - GR. Liwanec: "Und wenn sie tausend Jahre älter werden, werden Sie noch immer dumm sterben!" Erregte Gagenrufe bei der ÖVP. - Der Vorsitzende, GR. Mazur, ersucht hierauf den Debattenredner, beleidigende Äußerungen zu unterlassen und erteilt GR. Liwanec einen Ordnungsruf. - Im späteren Verlauf seiner Rede sagte GR. Liwanec, er stehe nicht an zu erklären, es täte ihm leid, daß er sich hinreißen ließ, der Beleidigung durch GR. Schwaiger mit gleichen Worten zu antworten.

Der Redner weist auch darauf hin, daß die Frequenzkurve der Verkehrsbetriebe schon vor der Tarifregulierung gesunken ist. Die Ursache dafür sei die steigende Motorisierung. Jedes Motorfahrzeug kostet die Verkehrsbetriebe tausend Fahrscheine im Jahr.

Wenn Stadtrat Dkfm. Nathschläger davon gesprochen habe, daß die Situation bei den Verkehrsbetrieben zum Großteil auf dem Personalaufwand zurückzuführen sei, so meint der Redner, daß die hier geforderten Rationalisierungsmaßnahmen schon längst durchgeführt wurden. Wäre es nicht der Fall, hätten die Verkehrsbetriebe noch 100 Millionen Mehrausgaben. Daß gegen den Willen der Gewerkschaft und der Arbeiterschaft auf diesem Gebiet Maßnahmen gesetzt werden sollten, müsse er im Namen der Sozialisten ablehnen!

Der Fünfjahrplan des Stadtrates Dkfm. Nathschläger steht und fällt mit der 2.2 Milliarden Schilling-Anleihe. Herr Stadtrat Nathschläger mußte sich selbst überzeugen, daß es zurzeit unmöglich ist, im Ausland diesen Betrag aufzubringen. Es fällt also die Voraussetzung des Fünfjahresplanes. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die Wiener Bevölkerung für diese Anleihe von 2.2 Milliarden Schillingen im Laufe der nächsten 30 Jahre bei einem normalen Zinssatz von 6 Prozent 5 Milliarden Schilling zurückzahlen hätte. Diese Politik kann man nicht vertreten.

Die ÖVP hat sich bei einigen Kapiteln bemüht, der Bevölkerung, wie sie meint, klarzumachen, daß sie und nur sie allein die Interessen der Bevölkerung Wiens vertritt. Die Volkspartei hat in vielen Dingen ganz energische Wendungen durchgeführt. Sie ist auch bereits mit der Wohnbaupolitik einverstanden; die Sozialisten, die diese Wohnbaupolitik seit Jahrzehnten vertreten, seien aber gegen die Bevölkerung: ein Schluß, der mir nicht eingehen will!

Wir Sozialisten sind gewohnt, Verantwortung zu tragen und werden sie, auch dann, wenn es unbequem ist, für diese von uns allen geliebte Stadt Wien auch in Zukunft tragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger nahm in seinem Schlußwort zunächst zur Frage der Abschreibungen Stellung und erklärte: Die Abschreibungen von 419 Millionen sind in den Voranschlägen der Wiener Stadtwerke eine außerordentlich hohe Post. Aber man muß berücksichtigen, daß ihnen bereits die Aufwertung des Anlagevermögens zugrundegelegt worden ist und daß in den Jahren 1955 und 1956 verhältnismäßig hohe Anlagenzugänge zu verzeichnen gewesen sind. Die Schillingeröffnungsbilanz ist dazu da, endlich ein klares Bild über die wirklichen Vermögensverhältnisse zu schaffen, weil auf dieser Basis ein ordentliches Arbeiten und ein genaues Kalkulieren möglich ist.

Bei den Verkehrsbetrieben werden einerseits angemessene, andererseits kostendeckende Tarife verlangt. Man muß genau studieren, was in die Kosten überhaupt hineingehört. Wir müssen letzten Endes zu einer Lösung kommen, die auch den Wiener Verkehrsbetrieben das Atmen ermöglicht und es zuläßt, daß dieser kommunale Betrieb wie jeder andere kommunale Betrieb geführt werden kann.

Wenn Kollege Liwanec ausrechnet, daß für den Bau eines rund 40 Kilometer langen Untergrundbahnsystems sieben Milliarden Schilling notwendig wären, dann muß gesagt werden, daß der Bau einer Untergrundbahn in der Regel Jahrzehnte beansprucht. Daher müßte man die Frage doch einmal in Angriff nehmen.

Es ist mir selbst unangenehm, ein solches Budget für die Verkehrsbetriebe zur Annahme empfehlen zu müssen. Es müssen Ausgaben- und Einnahmenseite scharf unter die Lupe genommen, die bereits gemachten Vorschläge noch einmal überprüft und durch einen attraktiveren Tarif wieder ein gewisser Anreiz geschaffen werden. Der Kurzstreckentarif steht nach wie vor in Behandlung.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1957 wurden dann gegen die Stimmen der VO angenommen. Die Beschluß- und Resolutionsanträge der VO wurden abgelehnt.

- . -

Der Wiener Gemeinderat hielt dann noch eine Geschäftssitzung ab, in der insgesamt 83 Geschäftsstücke ohne Debatte angenommen wurden.

Der Haushalt unserer Stadt ist gewissenhaft bestellt!

=====

Bürgermeister Jonas zum Abschluß der Budgetverhandlungen

Bürgermeister Jonas hielt zum Abschluß der viertägigen Gemeinderatssitzung im Wiener Rathaus folgende Ansprache:

"Hoher Gemeinderat! Meine Damen und Herren! Nach viertätigen intensiven Verhandlungen, die sich bis in die letzten Teilgebiete der weitverzweigten Gemeindeverwaltung erstreckten, sind wir nun am Schluß der diesjährigen Budgetberatungen angelangt. Das Ergebnis unserer Verhandlungen und Abstimmungen ist ein sorgfältig ausgewogener Voranschlag, der der kommunalen Verwaltungstätigkeit im kommenden Jahre zur Richtschnur dient und im redlich erstrebten Ausgleich der Interessen den Willen der Wiener auf einen gemeinsamen Nenner bringt.

Der Haushalt unserer Stadt ist für das nächste Jahr gewissenhaft bestellt und damit die Voraussetzung für eine geordnete Weiterführung aller Gemeindeangelegenheiten gegeben. Zwar übersteigen unsere Wünsche und Pläne noch bei weitem unser Leistungsvermögen, so daß wir bei aller Beruhigung, die uns ein geordneter Gemeindehaushalt gibt, nicht in den Fehler der Selbstzufriedenheit verfallen könne. Unwillkürlich drängt sich uns aber doch ein Gefühl der

Geborgenheit auf, weil wir die Geschicke unserer Stadt in der demokratischen Freiheit fest verankert wissen. Gerade zur Jetztzeit lernten wir den unvergleichlich hohen Wert einer freien Selbstverwaltung des Volkes kennen, und dieser Umstand soll uns anspornen, unsere demokratischen Einrichtungen wie einen Augapfel zu hüten, unermüdlich auszubauen und immer mehr im Geiste der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit zu gestalten.

Sie, die Frauen und Männer des Wiener Gemeinderates, haben soeben mit der Beschlußfassung über das Budget vom höchsten Rechte einer wirklichen Volksvertretung verantwortungsbewußten Gebrauch gemacht und damit die Richtung und den Umfang der kommunalen Tätigkeit für das nächste Verwaltungsjahr bestimmt. Ich danke Ihnen für die Mühe und die Sachlichkeit, mit der Sie sich Ihrer Aufgabe im Interesse der Wiener Bevölkerung unterzogen haben.

Dem städtischen Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Resch, war naturgemäß auch diesmal wieder die Hauptlast an der Erstellung des Voranschlages aufgebürdet. Ich danke ihm für diese Leistung und hebe auch die Hilfe hervor, die er seitens der für die einzelnen Ressorts verantwortlichen Herren Stadträte, dann vom Herrn Magistratsdirektor, dem Herrn Kontrollamtsdirektor, dem Herrn Generaldirektor und den Herren Direktoren der Wiener Stadtwerke, wie auch von allen sonstigen Mitarbeitern erfahren hat. In diesen Dank beziehe ich selbstverständlich auch die Stenographen, die Beamten der Pressestelle und des Präsidialbüros mit ein, und nicht zuletzt die Berichterstatter der Zeitungen.

Ich glaube, daß sich meinem Dank an alle mit dem Budget befaßten Faktoren auch der hohe Gemeinderat anschließen wird. Auch halte ich mich der Zustimmung des Gemeinderates gewiß, wenn ich bei der Verabschiedung des Voranschlages mit ganz besonderer Wärme der gesamten Wiener Bevölkerung danke. Alle Fortschritte in der kommunalen Tätigkeit beruhen ja letzten Endes immer nur auf dem Arbeitsfleiß des Volkes. ./.

Die Gemeindemittel so gewissenhaft wie möglich, nämlich im Dienst am sozialen, gesundheitlichen, kulturellen und technischen Fortschritt anzuwenden, wird immer unsere oberste Maxime sein und bleiben müssen. Unsere Bevölkerung darf die Gewißheit haben, daß ihre Steuermittel nicht vergeudet, sondern solchen Zwecken zugeführt werden, durch die die Wirtschaft und die öffentliche Wohlfahrt nur gesteigert werden.

In diesem Sinne ist auch der Voranschlag für das Jahr 1957 beschlossen und damit die Voraussetzung für die fruchtbare Fortführung der kommunalen Tätigkeit geschaffen worden. Ich wünsche allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest und viel Glück im neuen Jahr!

In diesen Glückwunsch schließe ich aus tiefstem Herzen besonders auch die unglücklichen ungarischen Flüchtlinge ein, die zu dieser harten Winterszeit in unserer Mitte weilen!" (Langanhaltender Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

- - -